

## **Politisch korrekter Antisemitismus**

**Über die Notwendigkeit  
eines »absolut inakzeptablen Umgangs mit der Shoah«  
sowie des Überschreitens der Grenzen  
des »innerlinken Minimalkonsenses«**

1. Deutscher Frühling international	3
2. Im Frühlingsschlafkombinat	4
3. Kulissenschiebung	5
4. Der Schlaf der Vernunft erzeugt Ungeheuer	6
5. »Sie wissen das nicht, aber sie tun es.«	7
6. E.P. – das Außerpolitische	8
7. Unterdrückte und Solidarische gewisser Völker, vereinigt euch!	10
8. Nur ein schon lange toter Jude ist ein guter toter Jude	12
9. Sind das noch Linke? – Zweifellos!	13
10. Deutsch-Internationales erkämpft das Menschenrecht	14
11. Korrektness und Interesse	16
12. Zurück in die Zukunft (Update)	17
Über Sinn und Zweck einer »Kritik an der Sharon-Regierung«	20
Erfahrung und Konsequenz	22
Dokumentation: Die Grenze ist überschritten!	24

Dieses Papier ist ein Versuch, dem in der deutschen Linken vorherrschenden Antisemitismus anhand einer beispielhaften Äußerung auf den Grund zu gehen und ihn auf den kritischen Begriff zu bringen. Anlass war ein Bekennerbrief mit dem Titel »Die Grenze ist überschritten« von der beim Hamburger Lokalradio FREIES SENDERKOMBINAT (FSK) aktiven Gruppe SALON ROUGE (siehe letzte Seite), der bereits im April 2002 bei FSK verbreitet wurde, damals aber so gut wie keine Reaktion hervorrief. Im Verlauf des dann im Juni ausgebrochenen dritten großen FSK-»Antisemitismusstreits« wurde er dann mehrfach von der sich über »Zensur«, »Meinungsmonopol« und »Machtmissbrauch« beschwerenden Seite in einer Art Kronzeugenfunktion ins Spiel gebracht: Die auf den vom SALON ROUGE abgerissenen Plakaten vertretene Position gegen den palästinensischen Terror und seine linksdeutschen Apologeten und für Israel wurde als der eigentliche Skandal bezeichnet, ihre Präsenz im FSK als die wirkliche Ursache des aktuellen Konflikts, in dem die Kritik an einer antisemitischen Sendung wie immer nur ein Vorwand zur Säuberung des Radios von linken Inhalten sei; der Text des Briefs wurde zustimmend zitiert und eine Stellungnahme der die FSK-Mehrheit bildenden Radiogruppen gefordert.<sup>1</sup>

In einem Sinne, der dem von jenen Leuten Gemeinten wenig entgegenkommen dürfte, sind wir der Ansicht, dass der SALON-ROUGE-Text (und insbesondere die – ausgebliebene – Reaktion der FSK-Mehrheit) tatsächlich einiges zum Verständnis des aktuellen Konflikts, womit hier nicht nur der FSK-Streit gemeint ist, beitragen kann, insofern er in geradezu paradigmatischer Weise die Schnittstellen zwischen dem von jedweder Kritik grundsätzlich unberührten Antiimp- Antizionismus und dem mehr oder weniger aufgeklärten linken Mainstream formuliert. Die meisten der hier vorgebrachten Argumentationen ließen sich daher leicht auch an zahlreichen anderen Texten festmachen. Wir kennen allerdings sonst wenig, was linke Allgemeinplätze, antiisraelisches Ressentiment und den allfälligen Szene-Opportunismus derart konzentriert und nach Maßgabe einer verdrucksten »political correctness« modernisiert präsentieren würde. Dies gilt insbesondere für die in der Tat originell formulierte, wenn auch wiederum inhaltlich weit verbreitete Herstellung des Zusammenhangs zwischen Israel und der NS-Judenvernichtung, die zu unserem Titel Anlass gegeben hat. Wegen der genannten Schnittstellenfunktion hat das einige (hier nur ansatzweise ausgeführte) Konsequenzen für die Bekämpfung des linken Antisemitismus. Ferner verweist es auf den fundamentalen Unterschied zwischen einer Kritik der herrschenden Verhältnisse in emanzipatorischer Absicht einerseits und der ewigen Rekonstitution einer deutschen Linken andererseits.

Bestärkt in dem Entschluss, einen Text, dessen nicht gerade weltbewegender unmittelbarer Anlass mittlerweile deutlich über ein halbes Jahr zurückliegt, nun doch noch fertigzustellen und zu veröffentlichen, hat uns das Erscheinen des

*Jungle-World-»Dossiers«* von Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso<sup>2</sup>, das inhaltlich eine frappierende Ähnlichkeit mit der hier verhandelten Stellungnahme aufweist. Dass dann auch noch eine der beiden eher als Beschwichtigungsversuche zu lesenden »Erwiderungen« überwiegend von maßgeblichen FSK-AktivistInnen stammte<sup>3</sup>, die zu der Agitation des SALON ROUGE im eigenen Laden bis heute geschwiegen haben, wird hier nicht weiter thematisiert. Unser Text kann aber gerne auch vor diesem Hintergrund als Verweigerung jedweder Debattensimulation mit antisemitischen Vorgaben gelesen werden, als Plädoyer für die materialistische Untersuchung der Funktionsweisen des linken Antisemitismus im Detail und bezüglich des Umfeldes, in dem er sich wohlfühlt. Um den »Nahen Osten« geht es also im Folgenden nur gelegentlich.

Wie Leute, die sich mitunter gar nicht so sehr von den Angehörigen der eigenen »linken Szene« unterscheiden, sich zu derart durchgeknallten Parolen wie »Solidarität mit Israel!« versteigen können, ist den sich stets in der Rolle des ideellen Gesamtlinken inszenierenden Antizionisten ein Rätsel, das schleunigst wegerklärt gehört. Die nicht erst seit dem Holz-Müller-Traverso-Dossier völlig ritualisierte Art und Weise, in der sie zu diesem Zweck, wenn schon nicht die Lohntüten des Mossad, so wenigstens »antideutsche« Projektionen, Identifikationen und Affektionen herbeizitieren, könnte jedoch ein Hinweis auf die sich hinter dem ostentativen Unverständnis verbergende uneingestandene Ahnung sein, dass die »Sharon-Linken« für ihre Haltung bessere Gründe haben könnten als ihre auf dem linken Gemeinplatz sich sammelnden Gegner für ihre vermeintlichen Manifestationen politischer Vernunft. Wer es wissen will, findet einige solche Gründe (insofern eine *Begründung* für die Solidarität mit den Objekten antisemitischen Vernichtungswahns abzugeben nun einmal verlangt wird) im Anhang in einem Kurzreferat der Hamburger INITIATIVE SOLIDARITÄT MIT ISRAEL; wer vorher weiß, dass er »gegen Imperialismus und Zionismus« auf jeden Fall auf der richtigen Seite steht, kann hier immerhin seinen Verdacht bestätigt finden, dass manche Linke mittlerweile selbst vor der Zusammenarbeit mit bezahlten Zionisten nicht zurückschrecken.

Dass die hier zur Debatte stehenden Fragen sich zwar derzeit mit erhöhter Dringlichkeit stellen, aber keineswegs neu sind, wird bei Lektüre beliebiger antiisraelischer Flugblätter (oder dem Hören der die diversen FSK-»Antisemitismusstreite« auslösenden Sendungen) sofort deutlich: Die stets zahlreich angeführten aktuellen Ereignisse sind völlig austauschbar, und eine Kritik des linken Antisemitismus wird seit Jahrzehnten schon als staatstreuer Versuch referiert, die doch viel wichtigere linke Kritik an Israel zu sabotieren – die Schriften Jean Amerys, Wolfgang Pohrts oder Eike Geisels, Henryk M. Broders *Der ewige Antisemit* oder gar die ISF-»Thesen über die linksdeutsche Ideologie, Israel und den Klassenkampf am falschen Objekt« scheint es nie gegeben zu haben. Die 1991 anlässlich einer den FSK-Ritualen nicht unähnlichen Auseinandersetzung beim Frei-

<sup>1</sup> So in einem Papier der Radiogruppe FORUM-RADIO, das, wie auch einige andere Dokumente aus dieser Auseinandersetzung, unter <http://www.fsk-hh.org/doc2index.html> eingesehen werden kann, sowie in Sendungen von u. a. RADIO KLASSENKAMPF und dem SCHWARZEN KANAL. – Der SALON ROUGE gehört einer der die »anti-antisemitische« Mehrheitsfraktion bildenden Radiogruppen an. Zu den Auseinandersetzungen bei FSK in den letzten Jahren siehe auch Andreas Kühne und Andrea Woeldike: »Der Skandal als Institution: Antisemitismus im Freien Senderkombinat«, in *Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten*, Hrsg. INITIATIVE SOZIALISTISCHES FORUM, Freiburg: Ça ira, 2002; auch unter [http://www.isf-freiburg.org/Leseproben/ISF\\_Antizion.htm](http://www.isf-freiburg.org/Leseproben/ISF_Antizion.htm).

<sup>2</sup> »Schuld und Erinnerung«, *Jungle World* 6.2002,47 (13. Nov.).

<sup>3</sup> Ole Frahm und Freunde: »Ein Opfer zuviel«, *Jungle World* 6.2002,48 (20. Nov.). Eine der Sache wesentlich näher kommende Antwort vom Berliner BÜNDNIS GEGEN ANTISEMITISMUS UND ANTIZIONISMUS findet sich auf dessen Website <http://www.bgaa.net>. Siehe auch Leo Bauer, »Selbstbewußte Nation für den Rest: die Erzählung von der Sharon-Linken«, <http://www.dki.antifa.net/antisemitismusstreit/sharonlinke.html>.

burger RADIO DREYECKLAND<sup>4</sup> entstandenen Thesen von Joachim Bruhn im Anhang sind also leider keineswegs nur von historischem Interesse. Zeit und Personage sind offenbar ebenso austauschbar wie der Anlass (und FSK hat inzwischen vorgeführt, wie auch eine weitgehend unverändert gebliebene Besetzung gerne mal auf niedrigerem Niveau von vorn anfängt). Die seitdem vergangenen Jahre schlagen sich in erster Linie darin nieder, dass die heutigen ›Antizionisten‹ von »Theorie« noch nicht einmal mehr reden.

Begeben wir uns aber vorerst nicht so weit zurück, sondern nur bis zum vergangenen Frühjahr, in die Zeit vor dem Erscheinen von »Die Grenze ist überschritten«.<sup>5</sup>

Die Bibliotheksgruppe der  
HAMBURGER STUDIENBIBLIOTHEK,  
Februar 2003

## 1. Deutscher Frühling international

Das Überschreiten von Grenzen scheint zu dieser Zeit eine äußerst beliebte Beschäftigung. Die Deutschen stoßen seit Wochen und Monaten mit wachsender Begeisterung in offenbar lange verbotenes Gebiet vor, in Gebiet allerdings, in dem sie sich dann sofort bestens zurechtfinden, weil es sich für sie keineswegs um unentdecktes Neuland, sondern um das angestammte Land ihrer Vorfahren handelt, ein Land, dessen Topografie ihnen aus Familientradition, aus Presse, Funk und Fernsehen und nicht zuletzt aus immer schon und immer dreister unternommenen Expeditionen bestens bekannt ist. Die Heimkehr in dieses Reich, in dem es keine Parteien mehr gibt, nur noch Deutsche, geeint im Einsatz für ihre Gemeinschaft oder, was dasselbe ist, gegen das diese ständig bedrohende jüdische Unwesen, ist weder abgeschlossen noch unaufhaltsam, und was noch übrig ist von den alten Grenzfestigungen aus unhintergehbaren Tatsachen, lebendiger Erinnerung, diplomatischen und exportwirtschaftlichen Rücksichten, zivilisatorischen Standards oder schlicht und einfach Resten menschlichen Anstands behindert sie immer noch. Widerstand gegen diese Bewegung aber gibt es kaum, geschweige denn eine Gegenbewegung, und schon gar nicht von Seiten einer Linken, die sich mit immer weniger Grund einbildet, in eine andere Richtung zu laufen – sofern sie nicht gleich als Avantgarde voranreitet.

Man hört und sieht sie geradezu in sich zusammenfallen, die Mauern in den Köpfen, die, wie notdürftig auch immer, einst die Vorstellungswelt linker ›Antizionisten‹ von der des Ex-Sozialministers und Kohl-Spezis Norbert Blüm trennten, der jetzt, wie es jene ja immer schon gesagt haben, Israel einen »hemmungslosen Vernichtungskrieg« veranstalten sieht; oder die der trotzlistischen LINKSRUCK-Sekte von der der Wochenzeitung *Das Parlament* oder der der *Jungen Freiheit*, die alle den katholischen Theologen Ludwig

<sup>4</sup>Die vor kurzem erschienene zweite Auflage der Buchausgabe der ISF-Thesen (siehe Fußnote 1) enthält auch zu jener Episode einige Beiträge.

<sup>5</sup>Die Kapitel 1 bis 11 entstanden größtenteils bereits Anfang Mai und blieben dann aus Gründen, die überwiegend nichts mit der Sache zu tun haben, erst einmal liegen. Sie wurden für die Veröffentlichung ergänzt, überarbeitet, teilweise auch erst aus einer Notizensammlung zum zusammenhängenden Text ausformuliert. Beibehalten haben wir aber die damalige Perspektive; Aktualisierungen und Bezüge auf neuere Entwicklungen wurden in die Fußnoten und das letzte Kapitel verwiesen.

Watzal als Referent, Redakteur oder Interviewgast bemühen, weil sie sich mit ihm einig sind, dass die Osloer Verträge ein »palästinensisches Versailles« darstellten und, weil man ja aus der Geschichte wisse, dass ein Volk auf einen »Diktatfrieden« nur mit bewaffnetem Aufstand reagieren könne, folglich »Israel seine Rolle als ›Täter‹ akzeptieren« müsse<sup>6</sup>; oder die der ›Linken‹ in der PDS, die, nachdem sie anlässlich des Afghanistan-Einsatzes gerade ausführlich begründet hatten, warum *Out-of-area*-Bundeswehreinätze auch unter UN-Mandat in jedem Fall abzulehnen sind, jetzt feststellen, die bewaffnete Friedensstiftung durch die Wehrmacht-Nachfolgeorganisation sei genau das, was die Einsichtigen unter den Juden im Grunde ihres Herzens einfach wollen müssen<sup>7</sup>, von der des Generalinspektors Harald Kujat, der findet, dass man sich unter diesen Umständen »einem solchen Wunsch überhaupt nicht entziehen« könne<sup>8</sup>; oder die der Berlin-Friedrichshainer Hausbesetzer, die ihren Vegane-Vollkuchen-Kiez zur »zionistenfreien Zone« erklärten, von der der acht jungen Männer, die am Ostersonntag auf dem Berliner Kurfürstendamm zwei an ihrer Kleidung als solche identifizierbare orthodoxe Juden verprügelten, oder der der umstehenden Berliner, die dem tatenlos zusahen, oder der der Erfinder »national befreiter Zonen«, denen ihre akzeptierenden Sozialarbeiter angesichts all dessen ja vielleicht immerhin beibringen können, dass die Zecken gar nicht so schlecht sind wie ihr Ruf.

Während also in Deutschland mal wieder zusammenwächst, was zusammengehört, scheint noch ein weiterer antiimperialistischer Wunschtraum in Erfüllung zu gehen: Es sieht aus, als verschwänden die Grenzen zwischen den Völkern, die derzeit, mit sehr wenigen Ausnahmen, gegen das jüdische Unvolk eine Einigkeit demonstrieren wie sonst nie. Dass die Grenzen zwischen oben und unten dabei gleich mit verschwinden, entspricht dann zwar weniger dem autonomen Antiimp-Modell als dem der deutschen Sozialpartnerschaft, passt aber umso besser ins Gesamtbild. Italienische Linke, noch vor kurzem um internationalen Beistand gegen die faschistoide Berlusconi-Regierung bemüht, finden es jetzt wichtiger, gemeinsam mit Faschisten gegen Israel zu demonstrieren und eine ›Kauft-nicht-beim-Juden‹-Kampagne ins Leben zu rufen – auf dass auch dem Letzten klar werde, wie wenig Italien eine faschistische Partei braucht. Und die französische Linke ist sich mehrheitlich mit Organisationen arabischer Einwanderer darin einig, dass deren dringlichstes Problem nicht etwa in dem grassierenden Rassismus, sondern darin besteht, dass die traditionell israelfeindliche Haltung der Regierung viel zu lasch ist, während diese sich mit beiden darin einig ist, dass es nennenswerten Antisemitismus in Frankreich nicht gibt und also auch die Welle von Schändungen jüdischer Friedhöfe und Brandanschlägen auf Synagogen eher auf allgemeine Integrationsschwierigkeiten zurückzuführen, also natürliche Erscheinung einer Multikulti-Gesellschaft ist. Ein seit dem letzten Mal erheblich gewachsener Anteil des französischen Wahlvolks findet das auch und stimmt folgerichtig für den Rassisten und Antisemiten Le Pen.

Einen der bisherigen Höhepunkte der allgemeinen Grenzenüberschreiterei stellt zweifellos die große Demonstration

<sup>6</sup>Vgl. das Flugblatt »Ein deutscher Friedensfreund«, <http://www.geocities.com/gruppenobirds/>.

<sup>7</sup>*Jungle World* 2002,14, [http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle\\_world/\\_2002/14/09b.htm](http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2002/14/09b.htm)

<sup>8</sup>*Frankfurter Rundschau* 58.2002,83 (10.Apr.): 3.

für »Solidarität mit dem palästinensischen Volk« und gegen »die Linie der bedingungslosen Unterstützung Israels« durch die Bundesregierung<sup>9</sup> am 13. April in Berlin dar, wohin deutlich über 10 000 Menschen dem Aufruf eines breiten bundesweiten Bündnisses gefolgt sind. Das kleine Mädchen mit den Sprengstoffattrappen um den Bauch auf den Schultern seines Vaters, ein Bild, das alle kennen dürften, ist dabei kein Einzelfall. Es erinnert, wie auch die ähnlich ausgestatteten jungen Männer mit den grünen Märtyrerstirnbändern auf dieser und der Demo vier Wochen zuvor, an die Fortsetzung von deren Motto »Palästina muss leben«, wie sie sich auf dem Hamburger Kriegsklotz findet: »und wenn wir sterben müssen« – also daran, dass es hier keineswegs um die Verbesserung der Lebensbedingungen bestimmter Menschen oder gar deren individuelle Freiheiten geht (die auch zuvörderst *gegen* die auf dieser Demo abgefeierten Organisationen durchzusetzen wären), sondern im Gegenteil um echte Werte, für deren Verfechtung vom deutschen Publikum auch sehr viel eher Verständnis zu erwarten ist: um Volk, Blut und eben den »Tag des Bodens«. Folglich zeigt ein Transparent eine Landkarte des zukünftigen Staates Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer, und wie man das diesem schönen Anblick in der Realität noch entgegenstehende Israel zwischenzeitlich loswürde, wenn man könnte, wie man wollte, macht die Mehrzahl der übrigen Transparente klar, auf denen die Israelis als Organisatoren und Exekutoren eines aktuell stattfindenden Holocaust auftauchen<sup>10</sup> – was unter diesen Voraussetzungen nicht anders zu verstehen ist denn als Projektion des eigenen Vernichtungswillens. Und also kulminiert in der historischen Hauptstadt des Judenmordes die größte antisemitische Demonstration seitdem in einem Auftritt, wie ihn bis zu diesem Tag kein Naziaufmarsch zustandegebracht hat: organisierte Blöcke von kampfbereiten Männern, die Unter den Linden marschierend minutenlang »Heil, Heil, Heil Hitler« und »Wir wollen keine Judenschweine« brüllen<sup>11</sup> – ein Beispiel außergewöhnlich gut gelungener Ausländerintegration, das bei manchen Berlinerrinnen und Berlinern erheblich mehr zum Abbau von Vorurteilen gegenüber »südländisch aussehenden Mitbürgern« beigetragen haben könnte als alles, was sämtliche Ausländerbeauftragten der Republik je tun oder lassen können.

Es ist keineswegs eine Ironie der Geschichte, sondern nur konsequent, dass die deutsche Linke schließlich selbst mit veranstaltete, was dem »neuen '33«, vor dem sie seit Jahrzehnten gebetsmühlenhaft gewarnt hatte, bisher am entschlossensten nacheiferte.

## 2. Im Frühlingsschlafkombinat

Auch im FSK wird zu oben geschilderter Demo aufgerufen – mittels im Foyer ausliegender Flugblätter und natürlich auch on air. Zu diesem Zweck interviewt in einer Sendung zwei Tage vorher eine Gruppe AFRIKA, ASIEN, LATEINAMERIKA IN KONTAKT einen »in Deutschland lebenden Palästinenser«, der, nachdem er sich über die mangelnde Distanzierung der deutschen Juden von dem militärischen Vorgehen Israels beschwert hat, die aktuelle Situation der Palästinenser in der

<sup>9</sup>Hamburger Aufrufflugblatt.

<sup>10</sup>Fotos unter <http://www.krasse-zeiten.de/foto.php?dir=pali020413>.

<sup>11</sup>Berichte (und Kommentare – und was für welche!) unter <http://www.de.indymedia.org/2002/04/19979.shtml> und <http://www.de.indymedia.org/2002/04/19976.shtml>.

Westbank mit der der kämpfenden Juden in den letzten Tagen des Warschauer Ghettos gleichsetzt. Der interviewende deutsche Linke fragt nicht nach, wie viele Tausend die israelische SS denn bis Beginn des Aufstandes schon habe verhungern lassen, wie viele sie schon in das neue Auschwitz deportiert habe, wo in der Westbank das genau liege, und wie viele Leichen das palästinensische Sonderkommando dort täglich aus den Gaskammern in die Krematorien schaffen müsse. Die Äußerung nicht unkommentiert zu lassen, ist ihm aber wohl schon ein echtes Anliegen, weshalb er zum besseren Verständnis ergänzt: »In beiden Fällen muss man gegen das Unrecht aufstehen und Widerstand leisten.«

Beanstandet wird das erst sehr viel später<sup>12</sup>, in dieser Zeit passiert nicht viel bei FSK. Insgesamt herrscht eine Atmosphäre, von der man nicht genau sagen kann, ob sie als eine Art verlängerter Winterschlaf oder besser als Friedhofsruhe zu beschreiben wäre. Sie wird überhaupt nicht gestört dadurch, dass dem allgemeinen Trend zuwiderlaufende Plakate stets innerhalb von 24 Stunden abgerissen werden (u. a. von einem FORUM-RADIO-Aktivisten, der sich seinerzeit im Kampf gegen die »Zensur bei FSK« besonders hervorgetan hatte) und entsprechende Flugblätter immer wieder innerhalb kürzester Zeit stapelweise verschwinden – ob sie nun die gar nicht klammheimliche Freude der Deutschen über den 11. September, den Antisemitismus der Palästina-»Solidarität«, die Heuchelei der »Friedensbewegung«<sup>13</sup>, die falsche Unparteilichkeit einer »Nahost«-Reihe im Veranstaltungszentrum ROTE FLORA oder auch bloß (unter dem Titel »Begrabt mein Hirn an der Biegung des Flusses«) die konformistische Doofheit der Anti-Globalisierungs-Bewegung kritisieren.

Die Ruhe wird auch kaum gestört durch einen offenen »Internen Brief an alle Redaktionen, Gruppen und Gremien des FSK« mit dem Titel »DIE GRENZE IST ÜBERSCHRITTEN«, schon im E-Mail-Betreff vollalarmmäßig in Großbuchstaben, der wenige Tage nach der eben beschriebenen Demo durch die Mail-Verteiler rauscht und im Haus ausgehängt wird. Die AbsenderInnen vom SALON ROUGE wollen wachrütteln, sie prangern Zustände an, die sie »absolut inakzeptabel«, »skandalös« und »unerträglich« finden, und »biten die Radiogruppen und die zuständigen Gremien des FSK, sich zu äußern«.

Anlass der Entrüstung sind aber keineswegs die Umtriebe, deren leider bei weitem nicht vollständige Darstellung unser erstes Kapitel füllt, in Verbindung mit der fehlenden Reaktion darauf bzw. ihrer Entsprechung bei FSK – im Gegenteil. Es geht um zwei Plakate, die sich gegen diese Zustände richten und vom BERLINER BÜNDNIS GEGEN DIE IG FARBEN unseres Wissens unmittelbar aus Anlass der »zionistenfreien Zonen« und damit verbundener tätlicher Angriffe produziert wurden – und die nun bei FSK, trotz ihrer kurzen Verweildauer an der Wand, immerhin einen guten Zweck nachhaltig erfüllt zu haben scheinen: die Salonroten sind beleidigt.

Nun ist, wenn Deutsche beleidigt sind, dies für gewöhnlich ein untrügliches Zeichen, dass irgendwo ein wahres Wort gefallen sein muss, und auch der Umstand, dass diese hier stellvertretend für andere, in erster Linie Nichtdeutsche, beleidigt sind, ist in solchen Fällen eher üblich und also kein Grund

<sup>12</sup>Bis zu dem den nächsten großen Krach auslösenden Sende-Verbot dauert es noch genau acht Wochen.

<sup>13</sup>Siehe <http://www.geocities.com/guppenobirds/>.



zur Beunruhigung. Dass es sich bei dem Schrieb um »the same old song: ein Antiimp-Bekennerschreiben« handelt, ist in einer (der einzigen) Antwortmail wenige Tage später, der eigentlich kaum etwas hinzuzufügen wäre, schon festgestellt worden – so dass wir das Dokument dem ARCHIV DER SOZIALEN BEWEGUNGEN für den Ordner »Reichlich seltsame Episoden auf dem Weg nach ganz unten« übergeben und uns endlich der Frage zuwenden könnten, die uns wirklich interessiert, welche Konsequenzen nämlich aus dem eingangs Geschilderten zu ziehen sind.

Wenn aber nun, wie hier, deutsche Linke verlautbaren, sie hätten zwei Plakate, die aktuell täglich stattfindende Judenmorde sowie deren Propagierung durch deutsche Linke zum Anlass nehmen, zur Solidarität mit der Gesellschaft der Überlebenden des deutschen Judenmordes und ihrer Nachfahren aufzurufen, abreißen müssen, weil sie u. a. »die Opfer der Shoah« beleidigten; und wenn dann auch noch Grund zu der Annahme besteht, dass ausgerechnet diese Kapriole linken Überzeugungsdeutschtums so weit der bei FSK herrschenden Meinung entspricht, dass sie als Ursache der diesbezüglichen völligen Indolenz fast des gesamten Rests dieses sich immer noch als antifaschistisch verstehenden Vereins angesehen werden muss – dann führt kein Weg daran vorbei, sich die Sache genauer anzusehen.

### 3. Kulissenschiebung

Dass auf eine konkrete Kritik, die bestimmte Äußerungen mit Antisemitismus auch nur in Verbindung bringt, von Dritten nicht etwa mit dem dringenden Bedürfnis nach Klärung ihres Wahrheitsgehalts, sondern im Gegenteil mit der unkritischen Solidarisierung mit den Kritisierten reagiert wird, hat in Deutschland überhaupt, speziell auch bei FSK mittlerweile Tradition: Die (projektinterne) »linke Öffentlichkeit« interessiert sich mehrheitlich nicht für die Tatsachen, die zur Begründung der Kritik angeführt werden, sondern ausschließlich für die Folgen, die sich für die unmittelbar Kritisierten oder die Öffentlichkeit insgesamt daraus ergeben (oder ergeben könnten), sowie für die »wirklichen Motive« der Kritiker, von denen, insbesondere, wenn es sich bei ihnen nicht um Juden handelt, automatisch angenommen wird, dass sie nicht wirklich etwas gegen Antisemitismus haben können (was ja immerhin auch der statistisch wahrscheinlichere Fall ist). Entsprechend besteht dann die anschließende Debatte vorherrschend darin, dass sich die Kritiker verantworten müssen – wegen Zensur, Mundtodmachens unbequemer Meinungen, Wegsäuberns antikapitalistischer Inhalte, Schwingens von »Antisemitismuskeulen« und ähnlichen diskurspolizeilich nicht zugelassenen Waffen, wegen Stigmatisierung, Ehrverletzung, Arroganz, Provokation, Hirnwichserei, Infragestellung der Grundlagen des linken Pluralismus oder eben Beleidigung, Beleidigung, Beleidigung.

Der hier verhandelte Fall unterscheidet sich von früheren FSK-Auseinandersetzungen wie dem Streit um das bei RADIO LIBERTÄR verlesene Flugblatt des Inhalts »Die wahren Sozialschmarotzer sitzen oben«, dem um den Bubis-Nachruf der FREUNDE DER GUTEN ZEIT, dem um den palästinensischen Holocaust im INFO KNAST UND JUSTIZ<sup>14</sup> oder

<sup>14</sup>Zu diesem Fall siehe auch Andrea Woeldike, »Menschenrechtsimperialisten und Antiimps gegen Israel«, *Bahamas* 35 : 46–48; sowie die Materialien auf <http://www.fsk-hh.org/docindex.html>.

dem um nazi-esoterische Verschwörungstheorien bei ROOTS COMMANDMENT dadurch, dass die fraglichen Plakate als der Auslöser des Streits

1. den – aktuellen – antisemitischen Mord und seine Exekutoren selbst zum Thema machen und also den Gegenstandsbereich der üblichen »innerlinken« Debatten sprengen;
2. denen, um die es trotzdem in erster Linie geht, den deutschen Palästina-Soli-Bewegten, folglich nicht irgendwelche unzulässigen Verkürzungen, Gleichsetzungen, Projektionen, sprich: Fehler, sondern handfeste Mordpropaganda vorwerfen;
3. ihre Kritik also von vornherein hart an der Grenze zur Denunziation formulieren und das auch müssen, weil ihr Gegenstand kaum noch kritikabel ist;
4. es aber nicht dabei belassen, sondern Solidarität mit den Opfern, deren vorherrschende Wahrnehmung als Täter wiederum ein wesentlicher Anlass der ganzen Geschichte ist, proklamieren und einfordern; und schließlich
5. niemanden bei FSK direkt angreifen, sondern wer sich davon angegriffen fühlt, erklären muss, warum.

Alle diese Unterschiede schlagen sich in dem Text des SALON ROUGE nieder, hindern ihn aber nicht daran, den Gegenstand zu dem eines linken Familienstreits genau nach obigem Muster zu machen.

Der erste, einfachste, am leichtesten zu durchschauende und nichtsdestoweniger meist schon erfolgreiche Schritt ist immer die Verschiebung des Gegenstandes: Wenn einem zu dem, was ein Gegner behauptet, wenig einfallen will, behauptet man am besten, der Gegner habe etwas ganz anderes behauptet, etwas, das entweder moralisch unmöglich oder völlig absurd oder am besten beides ist und also möglichst so heftige Empörung auslöst, dass nicht mehr belegt werden muss, dass der Gegner es behauptet hat. Bei Linken, denen Antisemitismus vorgeworfen wird, wird daraus üblicherweise, sie seien als Nazis beschimpft worden, um dann schön belegen zu können, dass die Betroffenen ständig irgendwelche Nazi-inkompatiblen Inhalte vertreten, womit dann bewiesen ist, dass die Antisemitismuskritiker finstere Absichten verfolgen oder nicht alle Tassen im Schrank haben oder am besten beides.

Beim SALON ROUGE nun wird dieses Manöver unter Verwendung größtmöglicher Kalibers, aber exakt nach der bewährten Taktik ausgeführt:

»Plakat 1 behauptet eine Kontinuität zwischen der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und dem Aufstand in Palästina. Dabei verharmlost es den deutschen Faschismus, der keine Selbstmordattentate verübte, sondern die Jüdinnen und Juden in seinem Machtbereich systematisch entrechtete, erniedrigte, verfolgte, quälte und schließlich industriell zu Millionen ermordete. Es verharmlost ihn aber schon durch die pure Tatsache, einen Aufstand mit der NS-Ausrottungspolitik gleichzusetzen.«

Anstatt also die Evidenz der aufgeführten Gemeinsamkeiten erst einmal überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, um dann kritisch zu fragen, wie weit die genau gehen, wo die Unterschiede anfangen und was aus beiden zu folgern ist; ob z. B.

unter den ›Selbstmordattentätern damals‹ eher die Himmelfahrtkommandos des ›Volkssturms‹ oder das Projekt des Dritten Reichs insgesamt zu verstehen ist und was der faschistische Helden- mit dem islamistischen Märtyrerkult zu tun hat; ob es bei den Attentaten und ihren wie weit auch immer reichenden Parallelen überhaupt zuvörderst auf den *Selbstmord* oder nicht vielmehr auf Sinn und (Selbst-)Zweck des *Mordens* ankommt; wie gut der Ausdruck »palästinensischer Faschismus« geeignet ist, all das auf den Punkt zu bringen (wir meinen übrigens: nicht besonders); inwiefern aus all dem »Solidarität mit Israel« folgt (wir meinen: unbedingt) und was deren praktischer Inhalt sein könnte; ob das eigene, von den Urhebern des Plakats offenbar beabsichtigte Gefühl, provoziert worden zu sein, auf die Art und Weise der Präsentation oder eher auf die präsentierten Zusammenhänge selbst zurückzuführen ist; – anstatt also eine bewusste Provokation in Form einer gezielten Polemik als die nachdrückliche Aufforderung zu verschärftem, *reflektiertem* Hirneinsatz zu nehmen, als die sie offensichtlich gedacht ist, wird mit allen Mitteln (was bisher nur heißt: den üblichen) die Tatsache der Provokation selbst skandalisiert, um der Frage nach ihrem Grund und also der möglichen Erkenntnis ihrer Notwendigkeit aus dem Weg gehen zu können.

Während die Parallelität der »Selbstmordattentate« vom SALON ROUGE immerhin noch, wenn auch ohne jegliche Begründung, explizit geleugnet wird, brauchen jetzt die übrigen Parallelen gar nicht mehr erwähnt zu werden. Dass aus einer vergleichenden Gegenüberstellung erst eine »Kontinuität« und dann ohne weiteres eine Gleichsetzung gemacht wird, fällt vielleicht noch auf durch die Art und Weise, wie letztere extra als »pure Tatsache« betont wird. Dass aber Gegenstand des ganzen die »NS-Ausrottungspolitik« sei, ist jetzt schon so gut etabliert, dass die meisten Leserinnen und Leser nicht mehr merken dürften, dass diese auf dem Plakat gar nicht erwähnt wird. Die unbestreitbare Feststellung, Palästinenser veranstalteten keine industrielle Massenvernichtung von Israelis, erscheint so als in diesem Zusammenhang wesentliche Wahrheit statt als die systematische und zielstrebige Verfehlung des Themas, die sie ist.

Die Ersetzung der Kritik durch einen Ersatzvorwurf schafft erstens die Voraussetzung für die umstandslose (und keineswegs spezifisch salonrote) Romantisierung des bandenherrschaftlich organisierten Judenmordes, um den es eigentlich geht, zum »Aufstand« und für seine an das oben Zitierte sofort anschließende Rationalisierung zum »politischen Konflikt« (beides im Folgenden mehrfach wiederholt), und erlaubt zweitens, sich im Anschluss bezüglich des Plakats über seine Konsequenz (»Beleidigung«), Methode (»Instrumentalisierung«) und Intention (»Entpolitisierung«, »Dämonisierung«, »Emotionalisierung«) auslassen zu können, ohne dass einem der Inhalt dabei in die Quere kommt.

#### 4. Der Schlaf der Vernunft erzeugt Ungeheuer

Bevor wir uns das genauer ansehen, müssen wir aber kurz innehalten, um das eben allzu gerade und akkurat aufgehängte Bild so schief zu rücken, wie es hängen muss, um das verrückte Motiv zur Geltung zu bringen. Wenn wir behaupten, der SALON ROUGE betreibe sowohl eine Romantisierung als auch eine Rationalisierung der palästinensischen Judenmorde, dann sagen wir damit vorläufig nur so etwas wie: hier wird

ein Handeln auf eine Weise beschrieben, die die Absicht erkennen lässt, für dieses Handeln sich aus romantischem Bedürfnis speisende Sympathien zu wecken und es gleichzeitig als vernünftig nachvollziehbar erscheinen zu lassen (was, wie wir implizieren, beides vollkommen ungerechtfertigt ist). Indem wir aber diese Beschreibung mitsamt dem Rest des Textes als erst ermöglicht durch die vorausgegangene Argumentverschiebung, also als deren Funktion darstellen, erscheint der Zusammenhang insgesamt als Zweck-Mittel-Verhältnis (allein schon, weil dies die übliche Weise ist, einen menschliches Tun beschreibenden Funktionszusammenhang zu lesen). Und das ist zwar nicht unbedingt falsch, aber zu einfach: Zwar ist gut möglich, dass hier Leute, die sich seit Jahren in ihrem Roten Salon schwarz geärgert haben über die Sabotage linker Politik durch arrogantes Kritikastertum und antideutsche Spaltpilze oder so ähnlich, hier ihre Chance gekommen sahen, es denen endlich mit dem, was sie möglicherweise allen Ernstes für ›gleiche Münze‹ halten, heimzuzahlen<sup>15</sup>, und sich genauestens überlegt haben, wie sie das am besten hinkriegen; dass sie hier also von Auschwitz reden, wo es vorgeblich um den Inhalt des Plakats geht, weil sie damit einen ganz bestimmten Zweck verfolgen. Die ständige Reproduktion der immergleichen, aus ähnlich gelagerten Fällen längst bekannten Muster, die geradezu beängstigende Zuverlässigkeit, mit der jede linksdeutsche Stellungnahme zu Israel beim ›Holocaust‹ landet statt beim heutigen Antisemitismus und jede zum Antisemitismus in Israel statt in Deutschland, weist jedoch auf etwas anderes hin: dass nämlich *wir* eine Rationalisierung vornahmen, ließen wir es bei der Analyse der Argumentverschiebung als strategisches Mittel in einem »politischen Konflikt« bewenden.

Der Unterschied zwischen einer solchen Beschreibung von Handeln als letztlich vernunftgeleitet und der ideologisch verrückten Wirklichkeit hat damit zu tun, dass zwischen dem Inhalt des in dem Plakattext erhobenen Antisemitismusvorwurfs und dem des dann zurückgewiesenen Ersatzvorwurfs ja tatsächlich ein Zusammenhang besteht: Der linke Antisemit, der sich als stigmatisiertes Opfer einer böswilligen Denunziation von Linken als Nazis ausgibt, weiß genau genug, was Nazis mit Antisemitismus zu tun haben, um mindestens zu ahnen, dass der Nazi die praktische Konsequenz jedes Antisemitismus verkörpert, und er weiß, dass der andere Linke, der ihm diesen Antisemitismus vorwirft, das auch weiß. Diese Zumutung ist der Punkt, auf den der Kritiker (meist vergeblich) hofft. Sie ist das Angebot an den Kritisierten, Selbstreflexion in praktische Kritik der eigenen Identität mit dem schlechten Ganzen einmünden zu lassen. Schlägt er dieses aber aus, egal, ob willentlich oder aus purem Unvermögen, *zwingt* ihn das Erschrecken vor der Monstrosität der Konsequenz, die Differenz zwischen dieser Konsequenz und seiner eigenen Wirklichkeit, also zwischen Nazitum und dem kritisierten linken Antisemitismus, absolut zu setzen, indem der selbst erkannte innere Zusammenhang vollständig geleugnet wird. Das Monströse wird also für sich, zusammenhanglos, auf die Kritik als ihr vorgegeblicher Gegenstand *projiziert*, so dass sowohl ihr wirklicher Gegenstand als auch das Konsequenzverhältnis zwischen diesem und dem Monströsen, also zwischen dem

<sup>15</sup>Die Erklärung derer, die 1991 nach vergeblichen Protesten gegen offene antisemitische Agitation in ›antiimperialistischen‹ Sendungen das RADIO-DREYECKLAND-Studio besetzten (dokumentiert in *Konkret* 1991,7: 40), war dem SALON ROUGE offenbar bekannt. Sie ist überschrieben mit (in Großbuchstaben!) »ES GIBT EINE GRENZE – HIER IST SIE!«.

(hier: linken) ordinären Antisemitismus und der Massenvernichtung von Menschen, unsichtbar wird. Das so herausgestellte Missverhältnis zwischen der Kritik und ihrem Anlass erscheint folglich als (womöglich willentliche) Fehlleistung des Kritikers.

(Nebenbei: derartige Projektionsleistungen funktionieren zwar weitgehend als Selbstläufer, sind aber nichtsdestoweniger [beziehungsweise gerade deshalb] auch für den Projizierenden ausgesprochen anstrengend – und zwar ständig, weil das Monströse selbst, und mit ihm der fragliche Zusammenhang, sich auch ohne explizite Kritik dauernd in Erinnerung bringt. Weiterhin verringert jeder projektive Gegenangriff den tatsächlichen Abstand zum Monströsen, nicht zuletzt durch die bemerkenswerte Neigung der Kritisierten, die Kritik über das anfänglich Kritisierte hinaus in der Erwiderung zu bestätigen [zum Beispiel, indem sie die Kritiker zu nützlichen Idioten von Zionismus und Imperialismus oder gleich zu deren bezahlten Agenten erklären, damit sich selbst zu Opfern von deren Heimtücke und die ganze Affäre zum erneuten Beweis dafür, wie unbequem, ja gefährlich, also *wahr* es sein muss, was sie, die dafür Angegriffenen, sagen]. So fühlen Antisemiten sich ständig verfolgt – entgegen aller Realität, aber nicht ohne Grund.)

Dass das Plakat behaupten würde, der palästinensische Terror sei einfach dasselbe wie Auschwitz, wird also von den Salon-Rouge-AutorInnen eben gerade nicht frei erfunden, sondern auf das fragliche Plakat *zwanghaft projiziert*. Der Zwang resultiert daraus, dass es erstens einen Zusammenhang tatsächlich gibt, zweitens die Formulierung der Kritik nicht zulässt, diesen einfach zu leugnen, und drittens die hier sich angegriffen fühlenden fest entschlossen sind, das dennoch zu tun. Es mag zwar sein, dass sie gar nicht begriffen haben, worin genau der Zusammenhang besteht, ihr Problem ist aber, dass sie auch ohne Begriff wissen, dass es ihn gibt – und zwar besser, als ihnen lieb sein kann, wie sich später in ihrer Zurückweisung des zweiten Plakats zeigt: »Es stellt den palästinensischen Aufstand als antisemitischen Terror dar und rückt damit auch die, die den Aufstand unterstützen, in die Ecke von AntisemitInnen und Nazis.«

## 5. »Sie wissen das nicht, aber sie tun es.«

Der Zusammenhang zwischen ›Selbstmordattentaten‹ und Vernichtung ist, wie gesagt, einer der *Konsequenz*, aber diese ist keine formallogische Notwendigkeit, die zu einer Aussage der Art »Der palästinensische Terror ist der Anfang des neuen Holocaust« führen würde, wie sie dem gesamten ›Wehreden-Anfängen‹-Antifaschismus zugrundeliegen; sie konstatiert vielmehr eine *historische Erfahrung*, und die sich daraus ergebende Notwendigkeit ist eine *negative*, unmittelbar *praktische*. Der praktische Unterschied zwischen historischer Erfahrung und einem logischen Gesetz liegt darin, dass erstere in ihre eigene Bedingung eingeht, die Geschichte also nicht gleichförmig auf die Menschen einwirkt, sondern laufend die Voraussetzungen ändert, unter denen sie erfahren wird. Die Juden wissen heute, dass ihnen im Ernstfall niemand beisteht (und müssen sich dafür mittlerweile gar nicht mehr unbedingt an die Shoah erinnern); die Deutschen sind überzeugt, dass die Juden nur auf der Welt sind, um sie durch ihre pure Existenz dauernd damit zu konfrontieren, dass sie einerseits das größte Verbrechen der bisherigen Geschichte begangen ha-

ben, es aber andererseits noch nicht einmal so richtig geklappt hat; und den Antisemiten in aller Welt sind die Deutschen mit ihrem Wohlstand der lebende Beweis, dass es so schlecht nun auch wieder nicht geklappt hat: Vernichtung ist machbar, Herr Nachbar.

Anders ausgedrückt: der Antisemitismus nach Auschwitz ist nicht, wie sich Pädagogen, Liberale und Linke immer wieder einreden, einer *trotz* Auschwitz und also durch Aufklärung zu bekämpfen, sondern materialisiert und reproduziert sich *wegen* Auschwitz. Das gilt selbstredend in erster Linie für die Deutschen, aber eben nicht nur: Allen anderen haben sie vorgemacht, wie das Fortschreiten vom »Ihr könnt unter uns nicht als Juden leben« über das »Ihr dürft nicht unter uns leben« zum »Ihr dürft nicht leben«<sup>16</sup> funktioniert, und die materielle Grundlage der Goldhagenschen Unterscheidung zwischen dem deutschen »eliminatorischen Antisemitismus« und beispielsweise dem im Vergleich fast schon harmlos wirkenden im Frankreich der Dreyfus-Affäre ist in den Krematorien verbrannt worden. Die Konsequenz eines Antisemitismus, der sich konstituiert in einer Welt, die als einzige Konsequenz der Vernichtung den Staat Israel hervorgebracht hat, und der sich gegen genau diese eine Konsequenz richtet, ist erneute Vernichtung: *Jeder Antisemitismus nach Auschwitz ist Vernichtungsantisemitismus*.

Das heißt nicht, dass jeder Palästinenser oder Araber, der zwischen Juden und Israelis unterscheiden weder kann noch will, ein Wiedergänger Himmlers wäre und die Baupläne für ein neues Auschwitz schon im Kopf mit sich herumtrüge, und auch Deutsche, ob rechte oder linke, die antisemitische Sprüche klopfen, von denen sie womöglich gar nicht wissen (oder nicht wissen wollen), dass es welche sind, *wollen* deshalb den Juden nicht (oder, seien wir vorsichtig: nicht unbedingt) ans Leben – oder sie wollen schon, aber wissen es vielleicht nicht. Da zwar das Wollen selbst auf den Kopf des Einzelnen beschränkt ist, seine Ursachen und Wirkungen hingegen nicht, und nichts davon dem Subjekt wirklich bewusst sein muss, kennt es notwendige Bedingungen, Begleiterscheinungen und Konsequenzen des Gewollten vielleicht gar nicht als solche, und wenn es sie kennt, mag es sie händereibend mitnehmen, achselzuckend zur Kenntnis nehmen oder widerwillig hinnehmen; sie mögen das ›wirklich‹ Gewollte sein oder aktiv gelehnet werden, also einen logisch widersprechenden Willen als ihre Negation hervorbringen (und das kann sich bekanntlich auf noch viel seltsamere Weise als der hier verhandelten äußern).

Logische All-Aussagen (also solche, die z. B., wie hier, mit ›Jeder‹ anfangen) über etwas, das wesentlich in anderer Leute Köpfen stattfindet, sind daher geradezu zwangsläufig falsch, solange ihr Gegenstand als etwas in den Köpfen seinen Ursprung habendes, also Antisemitismus als bloßes »Motiv« verstanden wird, wie es das bürgerliche Bewusstsein inklusive des linken nun einmal tut (und zwar nicht unbedingt, aber doch sehr häufig und geeigneterweise in so eindeutig apologetischer Absicht, wie wir sie weiter unten exemplarisch dem SALON ROUGE nachweisen). Der Antisemitismus ist aber nur in dem Sinn eine Einstellung, ein Vorurteil, eine Meinung, ein Motiv, in dem er vorgängig seine eigene Praxis ist; sie ist es, die uns den Wahn erklärt, nicht umgekehrt. Die antisemitische Agitation soll der Masse und nicht zuletzt dem

<sup>16</sup>Raul Hilberg in Claude Lanzmanns Film *Shoah*, zit. nach der Buchausgabe, Düsseldorf: Claassen, <sup>3</sup>1986, S. 101.

Antisemiten selbst Lüge, Ausgrenzung, Pogrom und Vernichtung erklären, und der Antisemitismus ist als totalitärer Wahn nicht zuletzt deshalb so erfolgreich, weil Vernunft an dieser Aufgabe scheitert.<sup>17</sup>

Antisemitismus ist als Ideologie, als notwendig falsches Bewusstsein, zugleich Bestandteil und Ausdruck von »realen gesellschaftlichen Bedingungen«, also von Gewalt. Und diese Gewalt, überhaupt die Herrschaft des Kapitals, beruht darauf, dass sie als gesellschaftliche von den je individuellen »Motiven« der sie konstituierenden Subjekte unabhängig ist. Die Existenz Gottes hängt davon ab, dass jemand an ihn glaubt, die des Warenfetischs nicht.<sup>18</sup> (Daraus resultiert die Dialektik der Aufklärung.)

Der Zusammenhang von Wissen, Wollen, Denken und Handeln ist also ein gesellschaftlicher, der wie Arbeit und Eigentum, Konsum und Reproduktion als privater erscheinen muss. Die Unabänderlichkeit dieser Tatsache begründet die Unausrottbarkeit des Antisemitismus unter Bedingungen des Kapitals – nicht jedoch die Unmöglichkeit seiner Bekämpfung. Denn in der Warengesellschaft ist zwar warenfetischistisches Handeln für das Individuum überlebensnotwendig, nicht jedoch antisemitisches. Verantwortung, Kritik, die Möglichkeit der Befreiung, die der Verwirklichung des Menschen begründen sich in der Differenz von Individuum und Totalität, also darin, dass aus der negativen Notwendigkeit des Antisemitismus in dieser Gesellschaft für keines ihrer Mitglieder notwendig folgt, Antisemit sein zu müssen. Solange keine Kollektivität existiert, die in der Lage wäre, die Transformation historischer Erfahrung in Verantwortung zu leisten, wird alles von der Haltung sich selbstbewusst zueinander in Beziehung setzender Individuen zur Geschichte abhängen; davon, ob sie die Vergangenheit des schlechten Ganzen sich aneignen, sie »bewältigen« oder ignorieren, sich kritisch, affirmativ oder bewusstlos zu ihr verhalten. Bei Marx heißt das: »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden.«<sup>19</sup>

Und so »wissen« über den Zusammenhang von Shoah, Antisemitismus, Antizionismus, »Intifada«-Terror und (worauf wir noch kommen werden) Menschenrechtsimperialismus gerade diejenigen immer am besten Bescheid, die am wenigsten begriffen haben, die, die in linken Flugblättern, auf Palästina-Soli-Demos, in grünen Presseerklärungen, auf Nazi-Websites oder im Hamburger Äther auf 93,0 MHz zwanghaft immer wieder dieselben Israel-NS-Gleichsetzungen veranstalten, oder die, die in diesem Frühling auf eine Mauer in

Deutschland sprühten: »Tod den jüdischen Mördern! in Israel! Kriegsverbrecher.«<sup>20</sup> Das stand nicht an der israelischen Botschaft oder einem El-Al-Büro, diesmal auch nicht an der Fassade einer Synagoge oder der Mauer eines jüdischen Friedhofs. Es stand auf dem Dresdner Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus, unter dem dort eingemeißelten Ortsnamen Auschwitz.

## 6. E.P. – das Außerpolitische

Negativ ist die aus all dem sich ergebende Notwendigkeit nun nicht deswegen, weil das alles nicht schön ist, sondern weil sich aus Auschwitz noch nicht einmal positiv etwas lernen lässt. Es gibt kein »Lernen aus der Geschichte«, solange die Menschen die Form der Gesellschaft, die Auschwitz und den modernen Antisemitismus überhaupt möglich gemacht hat, bewusstlos über das immerselbe von Wert, Kapital und Arbeit reproduzieren; und eben auch darüber, wie dieser jämmerliche Zustand endlich zu überwinden wäre, wie also dem Marxschen »*kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist,«<sup>21</sup> praktisch Folge zu leisten wäre, verraten uns Auschwitz, die Shoah, der Nationalsozialismus, der Faschismus, der Antisemitismus – rein gar nichts.

Die politische Bildungsanstalt »Deutsche Linke« hat verdammt lange gebraucht, bis sie immerhin dem größten Teil ihrer Insassen beigebracht hatte, dass »faschistisch« kein Synonym für »besonders fies« ist, dass nicht jede Scheußlichkeit, die man gern aus der Welt hätte, ein Holocaust ist, dass Auschwitz sich nicht eignet, Alarm zu schlagen, und dass das politische Geschäft der Linken, wenn denn überhaupt, dann auf andere Weise dramatisiert zu werden hat; und bekanntlich hat sie immer noch eine ganze Menge Schüler, die an dieser Lektion beharrlich scheitern. Die Lektüre des SALON-ROUGE-Papiers allerdings erinnert daran, dass zuweilen die Streber kein geringeres Problem darstellen als die hoffnungslosen Fälle. Hier wird, nachdem eine *Gleichsetzung* in das Plakat hineinprojiziert wurde, mit dem Hinweis auf deren durchschaubare politische Zwecksetzung der *Vergleich*, also die Verwendung von Begriffen, als unlautere Machenschaft entlarvt:

»Ein politischer Konflikt, in dem es um Land, Freiheit, Selbstbestimmung und militärische Sicherheit geht, soll entpolitisiert werden, indem die eine Partei dieses Konfliktes als Lager von Faschisten und Antisemiten dargestellt wird, deren Ziel die Vernichtung von Juden sei.«

Dieser Satz enthält die Aussage des ganzen Textes: Das eine ist das, womit Linke sich auskennen, was sie »analysieren« und »einordnen« können, weil es den Erfahrungen, Regeln, Theorien oder »Strukturen«, die ihr Weltbild konstituieren, also ihrer Ideologie entspricht – »ein politischer Konflikt«. Das andere ist das ganz andere, das, was sich diesem Muster nicht nur nicht einfügt, sondern von ihm ferngehalten werden muss, weil es dazu neigt, es zu zersetzen, zu »entpolitisieren« – »Faschisten«, »Antisemiten«, »Vernichtung von Juden«. Dass diese Begriffe mit der »einen Partei dieses Konfliktes« rein gar nichts zu tun haben (und damit, ganz neben-

<sup>17</sup>Wie das Missverständnis von Antisemitismus bzw. Rassismus als eine die Verfolgung bewirkende Einstellung in »Die Falle des Antirassismus« führt, beschreibt Jan Philipp Reemtsma in dem so betitelten Aufsatz in Ders.: *u. a. Falun: Reden & Aufsätze*, Berlin: Ed. Tiamat, 1992, S. 303–322 (auch in *Das Eigene und das Fremde*, Hrsg. Uli Bielefeld, Hamburg 1991; sowie in *Konkret* 1990,11).

<sup>18</sup>Die Überschrift zu diesem Kapitel stammt aus dem Abschnitt »Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis« aus dem ersten Band des *Kapitals*. Die Sätze unmittelbar vor dem Zitat lauten: »Die Menschen beziehen also ihre Arbeitsprodukte nicht aufeinander als Werte, weil diese Sachen ihnen als bloß sachliche Hüllen gleichartig menschlicher Arbeit gelten. Umgekehrt. Indem sie ihre verschiedenartigen Produkte einander im Austausch als Werte gleichsetzen, setzen sie ihre verschiednen Arbeiten einander als menschliche Arbeit gleich.« Marx/Engels, *Werke*, Bd. 23, S. 88.

<sup>19</sup>»Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, *MEW* 8 : 115.

<sup>20</sup>Dokumentiert in *Konkret* 2002,5 : 13.

<sup>21</sup>»Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie: Einleitung«, *MEW* 1 : 385; Hervorhebung im Original.



bei, auch mit der anderen nicht, also auch ein umgekehrter Bezug zwischen Judenvernichtung und dem heutigen Israel nicht hergestellt werden darf), ist also der Betrachtung vorausgesetzt, es überformt nicht einfach die Zurkenntnisnahme, sondern ersetzt sie. Denn der die Ideologie reflektierende, also kritische Blick könnte gerade das in Frage stellen, was die linke Identität des Betrachters ausmacht – und dazu gehört wesentlich die Fetischisierung des Politischen.

Politik ist das System, das »Motive« und »reale gesellschaftliche Bedingungen« als »Rechte«, »Sicherheit«, »Konflikt« und »Eskalation« organisiert – so weit ist die salonrote Vorstellungswelt Produkt *notwendig* falschen, also der falschen Wirklichkeit angemessenen Bewusstseins. Zur *reinen* Ideologie, zur gegen jede Störung abgeschotteten, den festen Willen zum Mitmachen offenbarenden Affirmation dieser falschen Wirklichkeit wird sie, indem sie den Antisemitismus nicht als notwendigen Bestandteil dieses Systems und Auschwitz nicht als seine negativ-immanente Aufhebung begreift, sondern beides aus ihm und damit den Antisemitismus als materielle Gewalt aus der Gegenwart hinausdementiert. Die Feststellung, beim »Nahostkonflikt« handle es sich um einen »politischen Konflikt, in dem es um Land, Freiheit, Selbstbestimmung und militärische Sicherheit geht«, mutiert unversehens von einer annähernd neutralen Binsenweisheit zur ideologischen Lüge, indem so getan wird, als sei der Zweite Weltkrieg das nicht auch gewesen.

Während also Rechte und ML-Antiimps (und die deutsche Regierung) die Vergangenheit bewältigen, indem sie Auschwitz in Pristina oder Djenin wiederentdecken, derart seine historische Singularität dementieren und es so für die Gegenwart in Dienst nehmen, bewältigen die modernisierten Antiimps aus dem Roten Salon und der politisch korrekte linke Mainstream (und die deutsche Regierung) die Gegenwart, indem sie den Antisemitismus auf die Vergangenheit festlegen, derart aus der Singularität der Vernichtung eine transhistorische machen und sie so für die Zukunft als erledigt abhaken. Wo die praktische Kritik der politischen Ökonomie auf die Tagesordnung zu setzen wäre, scheitern beide Varianten schon am *Begriff* der Politik als selbst gewaltloser Gewaltvermittlung, die von unvermitteltem blanken Terror sie nicht unterscheiden können noch wollen. Ist den einen alles brutale Gewalt, Terror, Vernichtung, böswillig geplant und ausgeführt, ist den anderen alles »komplexer Konflikt« und »Eskalation der Auseinandersetzung«, wobei nichtsdestotrotz die »realen gesellschaftlichen Bedingungen« von den einen zum Nachteil der anderen manipuliert werden. Reduzieren die einen die Shoah auf Merkmale, die sie überall wiederfinden, konzentrieren die anderen sich auf solche, die ausschließlich der Vergangenheit angehören. Ist der Antisemitismus den einen bestenfalls Unterphänomen eines allgegenwärtigen Rassismus, »verharmlost« den anderen die Vernichtung, wer ihn auch nachher noch am Werke sieht.

Die Muster der Verdrängung sind austauschbar und fast beliebig kombinierbar, das Ergebnis immer dasselbe: heiße, was heute stattfindet, nun »Auschwitz ist überall« (denn Imperialismus ist Krieg ist Holocaust) oder »Alles ist politisch« (denn auch massenhafter Judenmord ist Politik, also weder antisemitisch noch Massenmord) – die Mörder sind keine Antisemiten und die Juden folglich nicht deren Opfer, und da es Antisemiten also gar nicht wirklich gibt, wohl aber Juden, die auch noch als solche organisiert und bewaffnet in Erscheinung

treten, müssen die die Täter sein und die anderen, also potenziell: alle anderen, ihre Opfer, die Unterdrückten.<sup>22</sup>

So erlaubt die nur zu bereitwillig gelernte Lektion, die Shoah dürfe nicht »instrumentalisiert« werden, denen, die das Bescheidwissen dem kritischen Begreifen vorziehen, jeden Zusammenhang zwischen Antisemitismus und eigenem Denken und Tun – oder auch nur dem ihres Dunstkreises –, ja überhaupt jede Konsequenz aus Faschismus und Vernichtung als Beleidigung der »Opfer der Shoah«, mindestens aber deren illegitime Vereinnahmung von sich zu weisen, und zwar, ohne den *Zweck*, zu dem der Zusammenhang hergestellt wird, benennen zu müssen (was die Salonroten auch erklärtermaßen nicht können: auf »die Frage, was eigentlich damit erreicht werden soll, Plakate in den Räumen des FSK aufzuhängen, [...] die die Shoah für ihre Zwecke instrumentalisierten«, fällt ihnen jedenfalls nur ein, es gehe wohl darum, »politische Gegner zu provozieren«). Der Lernerfolg ist perfekt, wenn die »Auseinandersetzung mit der Shoah« noch nicht einmal völlig folgenlos bleibt, insofern sogar ein ordentlicher Distinktionsgewinn gegenüber denen von der Old School dabei

<sup>22</sup>Ein neueres und, wie zu befürchten ist, einigermaßen repräsentatives Beispiel dafür, dass viele deutsche Wege der »Vergangenheitsbewältigung« zum gleichen Ziel führen, ist ein im August von einem Hamburger »gemischten Zusammenhang aus verschiedenen Teilen der radikalen Linken« verbreitetes Papier mit dem tief sinnigen Titel »Naher Osten – Ferner Westen« (auch in *Interim* 556: 10–16 und unter <http://www.trend.partisan.net/trd1002/t071002.html>). »Im Bewusstsein unserer Verantwortung zur deutschen Geschichte« ist dieses Zusammenhangs »Lehre aus dem Holocaust«, mit Felicia Langer bzw. dem IN-KONTAKT-Agitator, »angesichts jeglichen Unrechts und Verbrechens nicht zu schweigen« usw., sondern klipp und klar festzustellen: »Die israelische Regierung ist für uns die derzeit entscheidende Kriegspartei, die einer Friedenslösung im Wege steht«, und: »Historisch betrachtet war die zionistische Siedlungspolitik ein Unrecht.« Methodisch geht die Gemeinsamkeit mit dem SALON ROUGE bis in die Formulierung: »Keine Kritik an Unrecht hat Vergleiche nötig. Sie verwirren in der Regel den Blick und erleichtern es, von den eigentlichen Interessen abzulenken.« Andererseits sei »ein Ausflug in die kritische Auseinandersetzung mit Sexismus und Rassismus« schon »angebracht«, weil der helfen könne, »sich selbst als Teil des Problems zu begreifen«. Das wiederum darf aber nicht als Anflug von Selbsterkenntnis missverstanden werden, sondern soll vielmehr auf die »komplexe eigene Verwobenheit mit diesem Thema durch die deutsche Geschichte und eigenen Antisemitismus, Antisemitismus oder Rassismus« verweisen und die »Sensibilität gegenüber eigenem Antisemitismus« erhöhen – und somit klarstellen: die wahren Antisemiten sind die »Antideutschen«, bei denen, unsensibel, wie sie nun mal sind, »eigene Antisemitismen [– die haben davon nämlich mehrere –] nicht hinterfragt, sondern verleugnet« werden. Bewiesen wird das dadurch, dass die Antisemitismus angreifen, also »dem Holocaust die Unvergleichlichkeit, die Singularität entreissen, um ihn zur politischen Herleitung für konkrete politische Ziele einzusetzen«, anstatt ihn so zu »verwenden«, wie sich das gehört: »Wir halten es für einen verheerenden Umgang, wenn der sehr ernste Begriff des Antisemitismus nicht mehr zum Aufdecken von Gewalt, Herrschaftsstrukturen und Unterdrückungsverhältnissen verwendet, sondern [! – siehe auch Kap. 11] zur Durchsetzung der eigenen politischen Position auf anderem Terrain leichtfertig eingesetzt wird.« Hier ist der Antisemitismus nirgends, weil er in allen Köpfen ist, er existiert buchstäblich im Vakuum. Das Papier enthält dafür viel über den »Zionismus«, der auch hier viel mit »Kolonialismus« zu tun hat, über die, wie könnte es anders sein, »israelische Linke«, über »Solidarität« (»für uns immer auch das Aufbrechen von inneren und äußeren Herrschaftsverhältnissen«), »den Menschen«, den man dabei sehen müsse, das »Ausbrechen« aus »bipolaren Denkkonzepten« zugunsten von »Ansätzen von Subjektivität« sowie »eigenen Erfahrungen, Widersprüchen und Utopien«, die alle nicht mehr vorkommen, wenn »Theorien abstrakt konstruiert und gegeneinandergestellt« werden, und natürlich ganz viel über die »Lösung« des »Konflikts«. Ein bemerkenswert bescheuerteres, gruselig gutmenschliches und wirklich widerliches Dokument dummdeutscher Dumpfbackigkeit. – Zur Verdrängung des Antisemitismus durch seine Ausbreitung im szenetherapeutischen Geschwätz siehe auch den Artikel »Gruppenexperiment: der Antisemitismus als Selbsterfahrung der Linken« von Tina Heinz, *Bahamas* 32: 40–43 (u. a. eine Rezension des Bandes *Wir sind die Guten*).

herausspringt (und zwar gerade dann, wenn man ansonsten keinen Deut klüger ist als die).

Aus Auschwitz aber gar nichts lernen zu wollen, sondern das Vorhandene als seine Folge und fortwährende Bedingung zugleich zu begreifen, ist demgegenüber die notwendige Voraussetzung, sich über Befreiung überhaupt noch Gedanken machen zu können: »Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.«<sup>23</sup> Und dieser Anspruch an Denken und Handeln, dem sich nicht durch Theorie (und schon gar nicht durch ›interessante Ansätze‹) und Praxis (und schon gar nicht durch ›politische Bewegung‹) gerecht werden lässt, diese unbedingte, unvermittelte und unbegründbare Konsequenz ist folgerichtig genau der »Umgang mit der Shoah«, der für die Salonroten dieser Welt »absolut inakzeptabel«, ihnen schlichtweg ein Graus, eine »unerträgliche« Zumutung ist. Das ist ja immerhin etwas.

## 7. Unterdrückte und Solidarische gewisser Völker, vereinigt euch!

Neben den »Opfern der Shoah« sind die übrigen vom SALON ROUGE als kollektivem Beleidigtenanwalt ohne Mandat vertretenen dieselben wie immer, wenn irgendwo Kritik geübt wird: die Unterdrückten und die Solidarischen, und man muss sich aus denselben Gründen wie immer fragen, wieso Dritte meinen, diese gegen irgendetwas in Schutz nehmen zu müssen. Dass mit dem »palästinensischen Faschismus« gerade nicht die gemeint sind, die, leider nicht nach »Millionen« zählend, »für ihre Rechte kämpfen«, indem sie zum Beispiel »Angriffe auf Zivilpersonen« nicht nur »ablehnen«, sondern diese Haltung auch noch zu äußern wagen, oder indem sie sich von ihrem ›Volk‹ nicht vorschreiben lassen, mit wem sie persönliche, geschäftliche oder gar politische Kontakte pflegen dürfen, sondern dass »Faschismus«, wie gut oder schlecht auch immer, doch offenbar eher jene Kombination aus Fanatismus, Korruption, Bewegung und völkischer Homogenisierung, aus Terror, Tümelei und Todeskult beschreibt, unter deren Herrschaft solche Leute als ›Kollaborateure‹, als ›Judenhuren‹, wegen ›widernatürlicher Unzucht‹ oder ähnlicher gegen den Willen Allahs und Arafats gerichteter Umtriebe dem gerechten Zorn des Volkes oder der Obhut seiner Behörden überantwortet oder als ›Verräter‹ unter dem frenetischen Jubel des Mobs durch die Straßen von Ramallah geschleift werden, bis die Haut ab ist – das wissen die Anti-Beleidigungs-AktivistInnen so gut wie wir, weshalb wir dazu keine weiteren Worte verlieren müssen.

Zu dem Ausdruck »Kollaborateure« auf dem Plakat muss folgendes festgestellt und gegen seine Verwendung eingewandt werden: Der Kollaborateur trifft eine Entscheidung gegen seine eigene Nation (und tendenziell alles, wofür sie steht, alles, was sie ihm verspricht) und für eine andere, feindliche (die gerade politische Macht über ihn ausübt, weil sie ›sein‹ Land besetzt hat). Was seine Motive auch sein mögen, ob sie die ›Nation‹ kritisch oder reaktionär oder gar nicht in Frage stellen, was auch immer überhaupt von ihnen zu halten sein mag (man denke hier nicht nur, wie meist, an z. B. Franzosen

während der NS-Besatzung, sondern auch an so etwas wie die Kollaboration fortschrittlicher Elemente des deutschen Bürgertums mit den Besatzungstruppen Napoleons): der Kollaborateur verhält sich in einem seine Lebensumstände unmittelbar betreffenden Konflikt grundlegend anders, als ›seine Leute‹ es von ihm erwarten. Das ist der sachliche Gehalt der Kollaboration *als solcher*; ob es sich dabei eher um gemeinen, antisozialen Verrat zugunsten der Barbarei oder eher um gegen die Barbarei des eigenen Kollektivs gerichteten Widerstand zugunsten einer weniger unmenschlichen Form von Herrschaft handelt (auch, inwieweit subjektive Motivation und reale Wirkung konvergieren), hängt bis hierher allein an den Umständen, unter anderem also daran, wer gerade wen.

Die Plakatautoren meinen nun natürlich nicht, die deutschen Linken wendeten sich mit ihrer Unterstützung des »palästinensischen Faschismus« gegen ihre von diesem unter der Knute gehaltenen *Mitdeutschen*, sondern werfen ihnen vor, *als Linke* mit etwas zu kollaborieren, das sie als eben solche eigentlich bekämpfen müssten (so, und nur so, macht es auch Sinn, sich ausdrücklich gegen die »linken Kollaborateure« zu richten). Sie rekurrieren damit der Sache nach auf den Vorwurf der ›Kollaboration mit dem Klassenfeind‹, wie er aus der marxistisch-leninistisch geprägten Geschichte der Linken bekannt ist und der inhaltlich völlig analog dem originär nationalen Begriffskontext funktioniert. Denn indem das Verhältnis zwischen revolutionärem Subjekt und Klassenfeind ebenso wie das Interesse des Individuums darin als den je Einzelnen äußerliches, objektiv bestimmtes vorausgesetzt wird, agiert in der ML-Ideologie der Kollaborateur ebenso gegen seine eigene Wesens- und Schicksalsgemeinschaft wie in der nationalistischen, ungeachtet jedweden Unterschiedes hinsichtlich der inhaltlichen Bestimmung dieses ›Wesens‹. Zu klären, inwiefern solch Objektivismus historisch notwendig oder gerechtfertigt war, ist hier weder möglich noch nötig; worauf es ankommt, ist: die Zugehörigkeit zum Kollektiv ›die Linke‹ entscheidet sich nicht wie im ML an der Klasse (oder im real existierenden Nationalismus am Volk), sondern allein durch Denken und Handeln des Individuums; und: das ›Wesen‹ dieses Kollektivs ist keine Funktion einer über das Kapital positiv hinausweisenden historischen Dialektik (und keine Idee oder natürliche Eigenschaft eines Volkes), sondern erweist sich allein in der materialistischen Analyse und Synthese seines Agierens in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft.

Linke, die das islamistisch-völkisch organisierte Palästinensertum unterstützen, entscheiden sich damit keineswegs gegen ›die Linke‹, die ja mehrheitlich dasselbe tut. Sie handeln gegen ihr eigenes objektives Interesse nur insofern dieses das der Menschheit an der Verhinderung der Barbarei ist, also in keinem anderen Sinne, als es auch Rechte tun, die die gleichen Inhalte vertreten. Sie können nicht *kollaborieren* mit etwas, das nicht ihr Feind ist, es sei denn, man definiert ›links‹ *abstrakt normativ* als ›emanzipatorisch‹ – aber dann sind die Kollaborateure gar keine Linken und folglich auch keine Kollaborateure, sondern bloß ordinäre Faschistenfreunde. Der linke Kollaborateur des Faschismus ist begrifflich so oder so ein Paradoxon. Der Skandal besteht nicht im Widerspruch zwischen Begriff und Wirklichkeit, sondern in dieser Wirklichkeit selbst.

<sup>23</sup>Theodor W. Adorno, *Negative Dialektik*, S. 358. Vgl. hierzu jetzt auch Gerhard Scheit, »To know the worst: über den kategorischen Imperativ Adornos im Zeitalter des Suicide bombing«, *konkret* 2002,9 : 34–36.

Indem nun der Plakattext einen objektiven Widerspruch zwischen der (deutschen, denn an die richtet er sich) ›Linken‹ und dem »palästinensischen Faschismus« unterstellt, somit den Faschismus im allgemeinen als weltweiten natürlichen Feind des ideellen Kollektivs ›die Linke‹ einsetzt und auf der anderen Seite dieses in die Funktion eines der individuellen Identität vorausgesetzten Zwangskollektivs, das höchstens in zweiter Linie von innen, wesentlich aber durch einen von außen kommenden Feind gefährdet und gegen diesen zu verteidigen sei, veräußert er das Problem und nimmt dem Skandal die Spitze. Er affirmiert letztlich genau die Linke als definitionsgemäße Feindin des Faschismus, die *als ›die Linke‹* zu kritisieren, anzugreifen und *aufzuheben* wäre, weil sie eben diese Feindin des Faschismus real nicht ist. Eher vernebelt als durch polemische Grobzeichnung und Überhöhung kenntlich gemacht wird so erstens der materielle Charakter des reaktionären Palästinensertums selbst; zweitens der dessen, was hier als weltweiter »Faschismus« impliziert wird; drittens das Verhältnis zwischen diesen beiden (und so auch, den Inhalt des anderen Plakats konterkarierend, das zwischen ihren jeweiligen tatsächlichen und potenziellen Opfern); und schließlich die Rolle, die die Linksdeutschen wie auch nichtlinke Deutsche *als Deutsche* in all dem heute spielen.

Das Problem dabei, linken Antizionisten und Antisemiten Kollaboration mit dem Feind vorzuwerfen, liegt also darin, dass ein Verrat an einem Kollektiv konstatiert wird, das den Inhalt des vermeintlichen Verrats mehrheitlich – und wir behaupten: *wesentlich* – längst zu seinem eigenen gemacht hat. Die so zustandekommende absurde Situation, dass, je mehr Belege für den Verratsvorwurf angeführt werden können, desto weniger der Sachverhalt des Verrats gegeben ist, kennzeichnet auch die Reaktion der Angegriffenen – beziehungsweise die der zu deren Ehrenrettung die Position des ideellen Gesamtlinken einnehmenden Salonroten. Die nämlich entlarven nun zielsicher die perfide Absicht des Plakats, den ganzen »komplexen Konflikt auf eine einfache und hoch emotionale Gut-gegen-Böse-Formel zu bringen«, und solche Formeln interessieren sie so brennend, dass sie gleich dreimal die Formel »Kollaborateure des Faschismus« zitieren, die sie eben darum »nicht hinnehmen« können, weil sie so auf dem Plakat gar nicht vorkommt.<sup>24</sup> Was der palästinensische Terror nun wirklich mit Faschismus zu tun hat, was genau es mit seinen linken Unterstützern hierzulande auf sich hat, was also den Aufruf »Solidarität mit Israel! Gegen den palästinensischen Faschismus und seine linken Kollaborateure!« sachlich von einer bloßen »Gut-gegen-Böse-Formel« unterscheidet, wollen sie ebensowenig wissen wie alles, was nichtsdestoweniger daran zu kritisieren ist. Im Gegenteil: genau das, was wir an dem Plakat auszusetzen haben, dass nämlich ›Linke‹ und ›Faschismus‹ sich irgendwie gegenseitig begründen, ohne je für sich und gemeinsam auf der Höhe der Zeit ins Verhältnis zur gesellschaftlichen Totalität gesetzt zu werden, ist seiner Wahrnehmung im SALON ROUGE vorausgesetzt.

Wie nun allerdings ›Linke‹ und ›Faschismus‹ aus einander herausgesetzt werden, das ist zwischen dem Plakat und dem Schrieb, der dessen Beseitigung legitimieren soll, eine Differenz ums Ganze. Das BERLINER BÜNDNIS GEGEN DIE IG FARBEN benennt verabscheuungswürdige Umtriebe,

bezieht sie auf deutsche politische Kontinuitäten und erklärt zum Skandal, dass Leute, die gern und viel von Befreiung reden, derartiges aktiv fördern, anstatt solidarisch mit Israel zu bekämpfen, was unter diesen Umständen ihrer (und unserer) Ansicht nach ein antifaschistisches *sine qua non* ist. Ob ›Faschismus‹ den Sachverhalt richtig beschreibt, ist fraglich; das aber berührt gar nicht die Tatsache, dass es ein unabdingbares praktisches Erfordernis des *Antifaschismus* ist, dagegen vorzugehen. Unsere obige Kritik läuft darauf hinaus, dass die Art und Weise, wie hier ›die Linke‹ *negativ* aus dem Faschismus begründet wird, nicht negativ genug vorgeht, sich selbst nicht zuende denkt und dann doch wieder positiv an etwas anknüpfen will, zu dessen nachhaltiger Destruktion sie alle wesentlichen Argumente selbst liefert. All das wäre zu diskutieren.

Der SALON ROUGE dagegen setzt ›die Linke‹ als Ausgangspunkt, jedoch noch nicht einmal im schlecht abstrakten Sinne inhaltlich (beispielsweise durch irgendeine Definition der Art ›links ist, wenn ...‹), sondern bloß affirmativ – affirmierend ihre eigene Funktion in ›der Linken‹, die der Linken in den politischen Verhältnissen und damit diese insgesamt. ›Links‹ ist alles das, was die Salonroten gut und interessant finden, also sie selbst und so viel drumherum, wie man halt zum Wohlfühlen braucht, und ›Faschismus‹ als dessen Gegenpol ist also das ganz Schlimme in all dem, was sie nicht so gut finden, und da sie »die PalästinenserInnen« und ihren »Befreiungskampf« gut finden, ist, die und die sie gut finden mit Faschismus in Verbindung zu bringen, eine Beleidigung. Zu diskutieren gibt es daran nichts, zu kritisieren im engeren Sinne wenig; herauszuarbeiten, also bloßzustellen, ist aber, wie es im einzelnen funktioniert.

Auf dem Plakat also, heißt es, würden »Menschen beleidigt, die solidarisch mit dem palästinensischen Befreiungskampf sind« – eine Formulierung, deren ganz und gar nicht »hoch emotionale«, sondern bloß abgedroschene Gut-gegen-Böse-Formelhaftigkeit dann unbedingt noch zusätzlich betont werden muss, indem diesen Beleidigten ausgerechnet »die israelische Friedensbewegung« zugesellt wird, sozusagen als Repräsentanz der Ex-Unterdrückten und Ex-Opfer bei den Solidarischen.

Solidarität, die nicht kritisch ist, ist keine, und folglich wäre die erste mit der palästinensischen Bevölkerung der Westbank und des Gaza-Streifens solidarische Handlung, Gewaltakte, die mit Befreiung so viel zu tun haben wie die Mafia mit Robin Hood, nicht zum »Befreiungskampf« oder »Aufstand« zu verklären, sondern *zuerst* auf ihre »realen gesellschaftlichen Bedingungen« zu befragen (die der SALON ROUGE erst zwei Absätze später, und zwar in genau entgegengesetzter Absicht, ins Feld führt – siehe unten). Dass die materiellen Lebensumstände von realen Leuten jedenfalls das allerletzte sind, was Salonrote interessiert, dass selbst die ganze Verklärung und Romantisierung, so sehr sie den ideologischen Bedürfnissen der Verklärten entsprechen mag, jedenfalls nicht diesen geschuldet ist, sondern ausschließlich denen der Verklärer, das zeigt sich aber gerade darin, dass die AutorInnen selbst in ihrem ganzen Schrieb überhaupt nicht vorkommen – genauer: darin, *wie* sie nicht vorkommen: Nachdem es erst um andere (die Unterdrückten und die »Opfer der Shoah«) ging, geht es jetzt um die Beleidigung von »Menschen, die solidarisch mit dem palästinensischen Befreiungskampf sind, wie es beispielsweise auch« – ... ›wir sind‹, würde man doch, zumal in einem Bekennerbrief, als nächste Worte erwarten. Aber die,

<sup>24</sup>Man könnte mit einer im Anhang auf Seite 21 zitierten Formulierung von Henryk M. Broder über Möllemann sagen: sie wollen keine Kollaborateure des Faschismus sein, aber bestehen darauf, welche genannt zu werden.

die genau das nicht schreiben, positionieren sich nicht, begründen nicht das, was sie für Solidarität halten, erklären sich noch nicht einmal ausdrücklich für solidarisch, sondern schicken, womit sich all das erübrigt, an genau dieser Stelle »die israelische Friedensbewegung« vor. Diese rundum gelungene Projektionsleistung und doppelte Opferidentifizierung hier zu analysieren, als paradigmatisch für Ähnliches in bürgerlichen und linken Publikationen aller Art herauszuarbeiten und zu diesen in Beziehung zu setzen, würde hier aber zu weit führen. Darüber muss dann wohl mal jemand ein Buch schreiben.<sup>25</sup>

## 8. Nur ein schon lange toter Jude ist ein guter toter Jude

Dass »Die Grenze ist überschritten« also in einem bestimmten, ganz wörtlichen Sinn dann doch kein Bekennerbrief ist, könnte dem Text ja, wie auch sein immer wieder zu betonter Nüchternheit zurückfindender Sprachstil, durchaus zum Vorteil gereichen; schließlich sind Bekenntnisse der Klärung von Sachverhalten nicht gerade förderlich, und die gepflegt aggressive Proll-Attitüde der FREUNDE DER GUTEN ZEIT wie auch die jedesmal wieder mit viel Herzblut vorgetragenen Witwen-und-Waisen-Litaneien von FORUM-RADIO wie auch alle möglichen öffentlichen Bekundungen von wem auch immer, in denen Bauchschmerzen, kalte Schauer, Herzklopfen und andere somatische Beschwerden eine prominente Rolle spielen, sind nicht unbedingt das, was man lieber hätte.

Auffallen muss jedoch, dass die merkwürdige Zurückgenommenheit der SALON-ROUGE-AutorInnen keineswegs mit der notwendigen Distanz zum Gegenstand in eins zu setzen ist: sie fühlen sich so offensichtlich beleidigt, dass sie es gar nicht mehr sagen müssen, sie schwurbeln von »Land, Freiheit, Selbstbestimmung« und »Befreiungskampf«, sie verschieben, projizieren und identifizieren, dass es nur so seine Bewandnis hat.

Zweitens fällt aber auf, wie sich die Distanz zum Gegenstand ganz erheblich vergrößert – allerdings in einem sehr banalen Sinn –, sobald es um das zweite Plakat geht, also nicht mehr unmittelbar um unterdrückte Palästinenser und solidarische Deutsche, sondern zuvörderst um ganz normale Israelis – nur eben um tote. Es fängt damit an, dass genau das nicht zur Kenntnis genommen wird, indem es heißt, »zunächst« ginge es hier darum, dass derzeit in Israel »das Leben von Juden stark bedroht ist« – was in Bezug auf die, deren Namen *nicht* auf dem Plakat stehen, ein durchaus richtiger Schluss wäre, den hier zu ziehen aber über den Inhalt des Plakats hinweggeht, das nämlich »zunächst darauf aufmerksam macht«, dass das Leben der Juden, die draufstehen, vorzeitig *beendet* ist. Die ersatzweise wahrgenommene Bedrohung wird zudem in einer Weise konstatiert, als sei Israel der Dschungel von Borneo und die Juden eine schon ziemlich seltene Vogelart, ein Eindruck, der durch das angeklatschte verschwiemelte »entsetzlich« noch verstärkt wird. Und dann geht es um alles, was wirklich wichtig ist – und worin Antisemitismus per definitionem nicht vorkommt, Judenmord also keiner ist: »politi-

sche Realität«, »Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts«, »Entwicklung«, »Eskalation der Auseinandersetzung«, »militärische Attacken«, nochmal »politischen Konflikt«, »reale gesellschaftliche Bedingungen«, »politischen Hintergrund«.

In dem vom SALON ROUGE eingangs reichlich euphemistisch als »Gespräch« bezeichneten kurzen Wortwechsel hatte der soeben im erfüllten Auftrag des linken Minimalkonsenses tätig gewordene Plakatabreißer das noch etwas weniger umschweifig, inhaltlich aber weitgehend identisch formuliert: »Die werden nicht umgebracht, weil sie Juden sind, sondern weil sie das Land besetzen und die Leute unterdrücken.« Die Eiseskälte, mit der hier die Insassen in die Luft gesprengter Schulbusse qua Besatzer und Unterdrücker zu legitimen Anschlagzielen in einem »politischen Konflikt« erklärt werden, wäre schon grauenhaft genug, wenn das mit Deutschland oder Israel alles gar nichts zu tun hätte. Aber so reden im SALON ROUGE (bzw. im FSK-Büro) Deutsche über ermordete Juden, über beim Pizza-Essen ausgelöschte Familien von Überlebenden des deutschen Vernichtungsprogramms. Und dieselben Leute erklären anschließend, sie hätten ein Plakat, das genau so etwas zum Skandal erklärt, abreißen müssen, weil sie die darauf angeblich veranstaltete Beleidigung der Nicht-Überlebenden nicht hätten ertragen können. Was sie damit sagen, ist: tote Juden finden wir echt irgendwie total wichtig, nur mögen die sich doch bitte massakrieren lassen, bevor es Israel gibt. Wer aber *israelische* Juden umbringt – der wird schon seine Gründe haben.

Dass die auf dem Plakat angeblich fehlende Unterscheidung zwischen zivilen Anschlagopfern und solchen in Armeuniform moniert wird, ist insofern bemerkenswert, als der Bekennerbrief den Unterschied zwischen Unbeteiligten und Kombattanten bei den von ihm aufgeführten palästinensischen Opfern nicht etwa, wie das Plakat bezüglich der israelischen, für in diesem Zusammenhang irrelevant erklärt, sondern glatt unterschlägt. An fehlendem Problembewusstsein oder mangelndem Gespür für feine Unterschiede kann das ja nicht liegen, auch deshalb nicht, weil der SALON ROUGE an dieser Stelle sorgfältig differenziert zwischen solchen, die »in einem politischen Konflikt ums Leben kamen« (Israelis, mit oder ohne Waffen und Uniform), und solchen, die »von Israelis getötet wurden« (PalästinenserInnen).

Wann, und wie, hier unterschieden wird und wann nicht, hat System und Tradition: es entspricht haarklein den Erfordernissen eines für das postmoderne Schlachtfeld der demokratischen Massenmedien optimierten ›Volkskrieges‹. Darin agiert auf der einen Seite die zionistisch-imperialistische, in ihrem Erscheinen als militärischer Apparat versinnbildlichte Macht, auf der anderen das kämpfende Volk. In der an dieses selbst und den Feind gerichteten Propaganda sind auf beiden Seiten Volk und Individuum unmittelbar identisch: jeder palästinensische Mensch potenziell ein Märtyrer, jeder Jude, wer, was oder wo er auch sei, ein zionistischer Aggressor und also potenzielles Anschlagziel. Für die Apologie des Volkskrieges hierzulande sind derart »pauschalisierende« Darstellungen indes nur bedingt erfolgversprechend. Sie gehen in Ordnung, solange ohnehin alles ins Weltbild passt, solange es also um Israelis als Subjekte und um Palästinenser als Objekte der Macht geht – dann sind alle Israelis, wenn nicht alle Juden (außer vielleicht Uri Avnery), ein Ariel Sharon, alle Palästinenser aber eine ideelle Gesamtkinderleiche.

<sup>25</sup> Unmittelbar vor Veröffentlichung dieses Papiers gibt es ein solches Buch unseres Wissens immer noch nicht. Immerhin einige der darin zu behandelnden Fragen klärt aber Ingo Ways eben erschienener Artikel über der Deutschen Lieblingsjuden, »Friedensbewegung als Kriegspartei: Gush Shalom's Kampf gegen Israel«, in *Bahamas* 40: 17.

Zuweilen müssen aber Tatsachen in dieses Weltbild integriert werden, die einer gewissen Vorbehandlung bedürfen, um nicht mit seinen übrigen Bestandteilen wie demokratischer Grundhaltung und der in aller Welt geschätzten deutschen Friedensliebe in Konflikt zu geraten, Tatsachen, die palästinensische Täter und israelische Opfer betreffen und die weder ganz geleugnet noch hinreichend verdreht werden können. Dann wird in Nachrichtenagenturen, in Redaktionsstuben, im Roten Salon und in den Gehirnen der Rezipienten ihrer aller Produkte drauflosdifferenziert, was das Zeug hält, und die Welt in ihre Bestandteile zerlegt – das bis dahin noch recht einige ›palästinensische Volk‹ zum Beispiel in »Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser, die für ihre Rechte kämpfen«, hier und »religiöse Fanatiker«, die Terroranschläge verüben, da (obwohl doch gerade die nichts anderes tun als für ihr Recht auf religiösen Fanatismus zu kämpfen – aber sei's drum). Und auf der anderen Seite gibt es dann eben auch mal »zivile Opfer«, von denen man aber unbedingt die »Besatzungssoldaten« unterscheiden muss, denn letztere werden grundsätzlich nie »bei Terroranschlägen ermordet«, sondern kommen bestimmungsgemäß »bei militärischen Attacken ums Leben«. Eine andere, viel wichtigere Differenzierung geht dem jedoch, jedenfalls in Deutschland, bisher noch fast immer voraus, und zwar selbst dann, wenn, wie in dem oben zitierten mündlichen Ausspruch, der ganze zivilisatorische Firlefanz fahren gelassen wird und die hässliche Ideologie des antiimperialistischen Volkskrieges unbehauen zum Vorschein kommt: *Juden* sind die toten Israelis, ob nun ermordet oder bloß ums Leben gekommen, höchstens rein zufällig gewesen.

Dass aber nun bei all dieser Auseinanderdividiererei jemand vor lauter Bäumen den deutschen Wald nicht mehr sehen könnte, steht dennoch kaum zu befürchten. Zum Glück gibt es im hiesigen ›Diskurs‹ über den ›Nahost-Konflikt‹ gewisse Konstanten: Wenn Palästinenser töten, dann tun sie das, antisemitische Dauerbeschallung in Moschee und EU-finanziertem offiziellen Fernsehen hin, 25 000 Dollar von Saddam Hussein für die freudig trauernden Angehörigen des Märtyrers her, letztlich immer aus tiefer Verzweiflung über Zustände, für die allein die Israelis etwas können; und wenn die getötet werden, dann kommen sie also »in einem politischen Konflikt ums Leben«, den sie selbst angezettelt haben. Und da an diesen Eichen deutscher Weltanschauung nicht zu rütteln ist, braucht man sich ja auch im SALON ROUGE nicht lumpen zu lassen und kann gut mal über ein paar Zeilen die Sache mit dem Antisemitismus analysieren – wobei »der gesamte politische Hintergrund« natürlich nicht »ausgeblendet« werden darf:

»Unbestritten ist, dass vor allem bei Terroranschlägen, die von religiösen Fanatikern verübt wurden, zu diesem Motiv [der Volksbefreiung] das des Antisemitismus hinzutritt. Das rechtfertigt aber nicht die Reduktion des Konflikts auf dieses Motiv. Eher wirft es die Frage auf, welche realen gesellschaftlichen Bedingungen den Aufstieg antisemitischer Gruppen befördern, und wie diese Bedingungen zu ändern sind.«

Zieht man die nicht ganz uninteressante Tatsache in Betracht, dass die Mehrzahl der Mordanschläge in den vorausgegangenen Monaten eben nicht von den »religiösen Fanatikern« von Hamas und Dschihad, sondern von der nominell säkularen, zu Arafats PLO gehörenden Fatah-Bewegung und deren Al-Aqsa-Brigaden oder der von deutschen Linken seit Jahrzehnten gerne als antiimperialistische Speerspitze abge-

feierten PFLP begangen wurde, wird hier folgendes gesagt:

Antisemitismus spielt in dem ganzen »politischen Konflikt« (der eben deshalb ein solcher ist) praktisch überhaupt keine Rolle, zumal er selbst bei den »religiösen Fanatikern« bloß »hinzutritt« zu ihrem mit der PLO geteilten und vom SALON ROUGE legitimierten »Motiv« der Volksbefreiung. Dass »vor allem« bei irgendwelchen Spinnern von nebensächlicher Bedeutung Antisemitismus irgendwie vorkommt, wird von Leuten wie den Plakatschneidern infamerweise gleich wieder zum Anlass genommen, völlig undifferenziert von seinen »realen gesellschaftlichen Bedingungen« abzulenken, die nämlich (laut SALON ROUGE) in Palästina vor allem darin bestehen, dass die Israelis darüber bestimmen, »wie die PalästinenserInnen leben, welche Rechte sie haben, welche Straßen sie benutzen dürfen, was ihr Land ist, wo sie sich niederlassen dürfen«. Zusammenfassung: Die Funktion der Kritik des Antisemitismus besteht in erster Linie darin, von den Untaten der Israelis abzulenken; oder: Antisemitismus gibt's gar nicht, außer den von Israel produzierten – was die ›Antideutschen‹ wohlweislich verschweigen, damit niemand darüber nachdenkt, wie die jüdische Herrschaft zu beenden ist.

Dass die ideologische Zurichtung der Israelis zu den allein die »politische Realität« bestimmenden, allein Verantwortlichen, Unterdrückern, Tätern weniger eine bewusste Manipulation der Salonroten ist als vielmehr bereits deren Wahrnehmung strukturiert, zeigt sich in der Rede von der »Eskalation der Auseinandersetzung, seit Ariel Sharon das Amt des israelischen Premierministers übernommen hat«. Die Mehrheit der Israelis hat Sharon mit seinem Es-reicht-Programm gewählt, *nachdem* und – mit einer Eindeutigkeit, wie man sie für Wahlergebnisse selten behaupten kann – *weil* die palästinensischen Autoritäten während des Wahlkampfs die ›Al-Aqsa-Intifada‹ ausgerufen und damit die Vermittlungspositionen der Arbeitspartei und anderer (in erster Linie die der diversen als ›Friedensbewegung‹ titulierten Gruppen), überhaupt die in den Oslo-Friedensprozess gesetzten Hoffnungen komplett desavouiert hatten. Diesen Zusammenhang umzudrehen, dokumentiert auch die Wahrnehmung der Palästinenser als auf die »politische Realität« stets bloß Reagierende, für ihr Tun nicht verantwortlich zu machende Unterdrückte, Opfer, als wie Pavlovsche Hunde in Reiz-Reaktions-Schemata zu beschreibende Lebewesen, für die folglich statt Emanzipation die artgerechte Haltung im Volksbiotop zu erkämpfen ist – mit anderen Worten: ihre Zurichtung für die Bedürfnisse linksdeutscher ›Solidarität‹.

## 9. Sind das noch Linke? – Zweifellos!

Zum nächsten Absatz wäre nun eigentlich gar nichts mehr zu sagen. Wir tun es aber trotzdem, um zwei offenbar gewollte Missverständnisse, die im bereits zitierten letzten Satz zum Ausdruck kommen, auszuräumen:

»Der gesamte politische Hintergrund wird ausgeblendet bei der Behauptung, die etwa 330 auf dem Plakat genannten Menschen wären getötet worden, ›weil sie Juden waren‹. Da es zusammen mit dem ersten Plakat aufgehängt worden ist, müssen wir davon ausgehen, dass es die gleiche Intention verfolgt. Es suggeriert eine falsche Parallele zur NS-Vernichtungspolitik. Es stellt den palästinensischen Aufstand als antisemitischen Terror dar und rückt damit auch die, die den Aufstand unterstützen, in die Ecke von AntisemitInnen und Nazis.«



Das Plakat stellt die Behauptung auf, zwischen der Ermordung der aufgelisteten Juden und der Tatsache, dass es sich bei den Ermordeten um Juden handelte, bestehe ein Zusammenhang der Art, die im Deutschen üblicherweise durch das Wörtchen ›weil‹ ausgedrückt wird. Diese Behauptung erscheint unseren Salonroten so ungeheuerlich, dass, da sie all dem, was sie selbst bis hierhin zu ihrer Widerlegung ausgebreitet haben, offenbar nicht recht trauen, sich ihnen sofort wieder die »NS-Vernichtungspolitik« aufdrängt. Beinahe wäre ihnen an dieser Stelle bewusst geworden, warum das Plakat es schafft, diese »falsche Parallele« zu »suggerieren« – da fällt ihnen gerade noch die Erklärung ein, sie seien nur durch den Vergleich mit der zum Glück bereits entlarvten »Intention« des anderen Plakats darauf gekommen.

Nein, das Plakat »stellt den palästinensischen Aufstand« nicht »als antisemitischen Terror dar«, sondern gar nicht – es macht über das, was deutsche Ideologen aller Art »Aufstand« zu nennen belieben, unmittelbar keine allgemeine Aussage. Dass aber andererseits die Feststellung des massenhaften Judenmordes im Zusammenhang mit der Nennung des Zeitraums, in dem der stattfand, und dem Hintergrundwissen, dass es sich bei diesem Zeitraum um den der sogenannten Intifada bis dato handelt, durchaus den Rückschluss rechtfertigt, wenn nicht erzwingt, es handle sich bei dieser Veranstaltung wesentlich um »antisemitischen Terror«; dass also das Beharren auf der eben wie schon mehrfach vorgenommenen Unterscheidung zwischen dem, was auf dem Plakat steht, und dem, was unsere PlakatanalystInnen darauf gelesen haben, in diesem Fall geradezu spitzfindig wäre – das geben wir gerne zu.

Nein, das Plakat rückt keineswegs »damit auch die, die den Aufstand unterstützen, in die Ecke von AntisemitInnen und Nazis«. Vielmehr machen beide Plakate klar, dass, wer organisierten antisemitischen Terror unterstützt, und sei es nur, indem er ihn fortwährend als »Aufstand« oder gar als »Befreiungskampf« bezeichnet oder als ganz selbstverständlichen Bestandteil eines »politischen Konflikts« abhandelt, sich praktisch als Antisemit betätigt. Mit Nazis steht er dann in der Tat nicht in irgendeiner »Ecke« zusammen, sondern auf dem Berliner Alexanderplatz und an anderen Orten in der Mitte der Gesellschaft.

Fatal wäre es aber nun, das Verhältnis der deutschen ›Palästina-Solidarität‹ (und also der gesamten ›Linken‹, insofern sie diese ›Bewegung‹ seit Jahrzehnten beheimatet, mindestens gewähren lässt, eher aber insgesamt sich kaum von ihr unterscheidet) zu ihrem Objekt als das beschönigende Romantisieren, apologetische Theoretisieren und unkritische Abfeiern hier von Wahnsinnstaten durchgeknallter Araber dort beschreiben zu wollen. Nicht nur hat, was im ›Nahen Osten‹ passiert, so gut wie nichts mit ›orientalischer Mentalität‹ und unmittelbar vergleichsweise wenig mit islamischer Tradition, dem Koran und anderen ›Eigenheiten arabischer Kultur‹ zu tun, sondern ist als vermittelt über Weltmarkt, Kapital und Geschichte (insbesondere die deutsche)<sup>26</sup> zu sehen. Vor allem ist es nicht etwas, worauf deutsche Linke bloß mehr oder weniger folgenlos analysierend, kommentierend, konstatierend, demonstrierend *reagieren* würden.

Es geht hier also, statt bloß um falsche Identifikationen und Projektionen, um politische *Verantwortung*. Denn dass der

palästinensische Nationalismus sich heute in viel höherem Maße vom israelischen unterscheidet, als er es beider Voraussetzungen nach muss; dass die neben sich nichts dulden- de Einheitsgewalt von Volksbefreiung und Märtyrerkult die palästinensische Gesellschaft kontinuierlich auf eine extrem gewaltförmige Weise zwangsvergemeinschaftet; wie dies als ›Volkskrieg‹ gegen Israel in Anschlag gebracht wird; wie die Weltöffentlichkeit das überwiegend als Aufstand von Unterdrückten gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus rezipiert – all das ist nicht einfach nur ein Produkt des kapitalistischen Weltmarkts und der deutschen Geschichte, sondern damit in erheblichem Maße eines *der Linken*. Vor allem im ›Befreiungskampf des palästinensischen Volkes‹ (und natürlich in dessen Rezeption in den Metropolen) gelangt linke Theorie und Praxis zu ungeahnter Wirkungsmacht, je weiter sie sich von Kritik und Emanzipation entfernt und umstandslos mit der deutschen Ideologie konvergiert. Möglicherweise ist es das Aufscheinen dieser gänzlich ungewollten Einsicht, was die bis weit in ›antideutsche‹ Kreise hineinreichenden panischen Abwehrreaktionen auslöst, sobald die Sprache auf den arabischen oder islamistischen Antisemitismus kommt.

## 10. Deutsch-Internationales erkämpft das Menschenrecht

Unser Bekennerbrief geht so weiter:

»Sicherheit für Israels BürgerInnen wird es nicht geben, solange es keinen Frieden mit den palästinensischen NachbarInnen gibt. Den wiederum gibt es nur, wenn diese volle Menschen- und Bürgerrechte genießen.«

Bemerkenswert ist hier zunächst die plötzliche Besorgnis um die Israelis, von der ja bisher nicht viel zu spüren war, dann der drohende Unterton, mit dem sie geäußert wird, und drittens, wie sehr beides an offizielle, offiziöse oder bloß wichtigtuerische Verlautbarungen erinnert, wie sie seit Beginn der ›zweiten Intifada‹, vermehrt seit dem 11. September und noch einmal vermehrt seit Beginn der ›Operation Schutzschild‹ durch den deutschen Blätterwald rauschen. Weiterhin bemerkenswert, gerade weil wegen der ständigen Wiederholung kaum noch auffallend, ist die umstandslose Rückführung des derzeitigen ›Mangels an Sicherheit‹ (an derartige Verklausalierungen von beinahe täglichem Massenmord haben wir uns auch schon fast gewöhnt) auf mangelnde »Rechte« der »NachbarInnen« – vom SALON ROUGE als »Binsenweisheit« bezeichnet, was ihn aber nicht hindert, sie nochmal nachzuplappern. Fünftens muss bemerkt werden, was in dem Kontext schon so selbstverständlich ist, dass es hier gar nicht mehr steht, dass nämlich die »vollen Menschen- und Bürgerrechte« für unter der Herrschaft der Autonomiebehörde lebende nicht etwa von dieser, sondern ausschließlich von Israel eingefordert werden, und weiterhin, dass die »Sicherheit für Israels BürgerInnen« hier von Rechten der »palästinensischen NachbarInnen« abhängig gemacht wird, die ihre libanesischen, syrischen, jordanischen und ägyptischen »NachbarInnen« keineswegs »genießen«, ohne dass unsere Besorgten das sonderlich interessieren würde. Ach ja, und siebentens: auch das ist in Bundestag, *Frankfurter Rundschau* und ›Friedensbewegung‹, bei EU, UN und NGOs genauso.

Wenn im SALON ROUGE oder bei anderen Antiimps oder bei anderen Deutschen von »Menschenrechten« die Rede ist, geht es gemeinhin nicht um Menschen, die sich gegen Herr-

<sup>26</sup>Was die mit *Djihad und Judenhass* in arabischen Ländern zu tun hat, kann neuerdings in Matthias Küntzels Buch *über den neuen antijüdischen Krieg* nachgelesen werden (Freiburg: Ça ira, 2002).

schaft zusammenschließen, um diese abzuschütteln oder wenigstens erträglicher zu machen, sondern um ein Kollektiv, dem zwangsweise anzugehören oder ebenso zwangsweise nicht anzugehören immer schon unmittelbarer Ausdruck wie unausweichliche Reproduktion von Herrschaft ist: ein ›Volk‹, hier stets ›die PalästinenserInnen‹, das für sein ›Recht‹ gegen *Fremdherrschaft* kämpft und das an dieser nur stört, dass es nicht die ›eigene‹ ist, das aber dafür um so mehr. Und wer bei ›Menschenrechten‹ an Volkstumsrechte denkt, weiß auch, dass das Verhältnis zwischen Volk und Land keines zwischen Staatsbürgern und dem Geltungsgebiet von Gesetzen zu sein hat, sondern eines von Blut und Boden, wie es auch das deutsche Staatsbürgerrecht festschreibt: »Wer bestimmt darüber, wie die PalästinenserInnen leben, welche Rechte sie haben, welche Straßen sie benutzen dürfen, was ihr Land ist, wo sie sich niederlassen dürfen?« – das ist nicht die Frage, ob Mullahs, Feudaladel oder Geldoligarchie, Markt oder Zentralkomitee, Clanpatriarchen oder Generäle, die Assoziation freier Menschen oder die ausweglose Barbarei; all das ist der Solidarität mit dem Befreiungskampf schießbegal, solange bloß nicht die raumfremden Aggressoren »bestimmen«, sondern irgendwer von denen, die auf der Scholle ihrer Ahnen sitzen oder deren Ahnen irgendwann von dieser ›vertrieben‹ wurden. Das ist dann »Selbstbestimmung« – Du bist nichts, Dein Volk ist alles.

Das ›Selbstbestimmungsrecht der Völker‹ ist, so sehr es heute so scheint, dennoch keine Erfindung der Deutschen. Es war das Leitmotiv der Siegermächte des Ersten Weltkriegs vor allem bei der Auflösung und Neugliederung Österreich-Ungarns und sollte die nachholende Nationenbildung und also Modernisierung und zügige Kapitalisierung der zuvor durch die Wiener Doppelmonarchie ausgebreiteten Gebiete befördern sowie die britisch-französische Schutzmacht für das nach Westen verschobene Polen gegenüber deutschen Großmachtbestrebungen legitimieren, also insgesamt territoriale Integrität sichern. Sehr schnell fanden dann aber die Deutschen, die ja gern mal etwas seltsame Vorstellungen davon entwickeln, wer alles zu ihrem Volk gehört und wer nicht, heraus, dass dessen Recht auf Selbstbestimmung durch die willkürlich und unnatürlich festgelegten Grenzen ihrer Nachbarn sowie durch die Machenschaften des Weltjudentums in übelster Weise beschnitten wird, weshalb dann ab fünf Uhr fünf und vierzig zurückgeschossen wurde. Obwohl bekanntlich dem damit begonnenen Versuch, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes vorläufig bis zur Linie Archangelsk–Astrachan der auf dem Weg dahin sich eingenistet habenden Fremdherrschaft abzutrotzen, nicht in jeder Hinsicht Erfolg beschieden war, wurde das diesem Unternehmen zugrundeliegende Prinzip, Volkszugehörigkeit je nach Bedarf nach Abstammung, Brauchtum, Sprache oder Gesinnung, keinesfalls aber nach den Grenzen bestehender Staaten zu definieren, im Folgenden zum in seiner Bedeutung am meisten unterschätzten deutschen Exportschlager.

Da die Bundesrepublik als offizieller Exporteur staatspolitischer Grundsätze vorerst noch durch ihr in dieser Branche dann doch etwas angeschlagenes Firmenimage behindert wurde, trat sie in der Zeit bis 1990 nach außen hin gern als ›das andere Deutschland‹ in Erscheinung, verkörpert durch diejenigen ihrer Bürgerinnen und Bürger, die im Innern die Rolle der mehr oder weniger radikalen Opposition übernommen hatten und mit abnehmender Gesamtbedeutung dort unter der

kollektiven Selbstbezeichnung ›die Linke‹ zu firmieren begannen. Je plakativer diese Leute zuhause als Revolutionäre auftraten, indem sie Reformismus und ›Realpolitik‹ als Verrat bekämpften, desto sicherer wussten sie, dass die Befreiung (vorerst noch:) anderswo nicht direkt angegangen werden dürfe, sondern der Weg dorthin zwingend über die Nation führe, ›Internationalismus‹ also Unterstützung des ›guten‹ exotischen Nationalismus durch einen zuhause (vorerst noch) zur Zurückhaltung gezwungenen bedeute (und natürlich umgekehrt). Während der Bezug auf das eine der beiden Initialobjekte dieser Bewegung, Vietnam, in dem Muster vom unterdrückten Volk durchaus noch nicht aufging, aber in Kombination mit der vergleichsweise marginalen außenpolitischen Bedeutung der BRD um so besser dazu taugte, die Wurzel des Übels in Washington zu lokalisieren, wurde mit dem anderen, ›Palästina‹, die Identität von US-Imperialismus und Zionismus auf der einen, die von Terror, Volk und Befreiung auf der anderen Seite etabliert. Das Projekt der ›Normalisierung‹ Deutschlands wurde, beginnend 1967, maßgeblich von links aus vorangetrieben.

Seit dem endgültigen Scheitern der staatssozialistischen Modernisierung wuchs die Attraktivität des deutschen Exportmodells vor allem in den osteuropäischen Krisenregionen aufgrund der mit ihm gebotenen Möglichkeit, die Herrschaft der jeweils stärksten Bande als die des in der jeweiligen Gegend natürlicherweise allein beheimateten Volkes zu legitimieren. Gleichzeitig sah sich die Berliner Konzernzentrale von den Bedingungen ihrer bis dahin geübten Zurückhaltung nach und nach befreit und unterstützte den für sie günstigen Trend mit einer speziell auf die neuen Zielgruppen ausgerichteten Marketing-Strategie, hohen Prämien und Preisnachlässen für potenzielle Umsteiger und günstigen Support-Verträgen. Die erfolgreichste Kampagne in diesem Sinne war die stufenweise Zerschlagung des jugoslawischen ›Völkergefängnisses‹.

Zuendegeführt wurde dieses Projekt allerdings erst, nachdem ›die Linke‹, personifiziert in einem ehemaligen Stamokap-Juso-Boss und einem palisolibewegten und früher auch -betuchten Ex-Straßenkampf-Sponti, die Regierungsgeschäfte selbst übernommen hatte. Erst dem ›anderen Deutschland‹ gelang der bisher größte deutsche Coup seit dem Blitzkrieg, eben die Nachkriegszeit gerade dadurch zu beenden, und zwar im doppelten Sinne, dass das Programm der völkischen Homogenisierung als Verteidigung der Menschenrechte *gegen* die ›ethnische Säuberung‹ an die Macht gebombt wurde, und zwar vorwiegend durch die amerikanische Konkurrenz – bei genügend eigener Beteiligung, um sich die Führungsrolle bei der für das Geschäftsmodell des Marktführers kaum lukrativen Verwaltung der nun serben-, roma- und judenreinen national befreiten Zone zu sichern.

Das deutsche Prinzip hatte damit, in erheblich modernisierter Form, ein fulminantes Comeback, was einige bis dahin geltende Definitionen änderte: ›Menschenrechtsverletzung‹ ist nun, wenn ein Staat einer als solche auftretenden ›Volksgruppe‹ nicht genügend Sonderrechte gegenüber seinen übrigen Bürgern zugesteht (wie Mazedonien den Albanern) – nicht aber, wenn die herrschende Bande einer von ihr definierten Gruppe die bürgerliche Gleichberechtigung verweigert (wie Deutschland seinen Immigranten); ›Faschismus‹, besser: ›Auschwitz‹, ist nun, wenn eine Regierung ihr Gewaltmonopol gegen völkisch-separatistische Banden vertei-

dig (wie Jugoslawien gegen die UÇK) – nicht aber, wenn die zum Staatsvolk erhobene Bande von ihr selbst als ihr nicht zugehörig identifizierte schikaniert und massakriert (wie die ›befreiten‹ Kosovo-Albaner unter UN-Aufsicht die Serben, Juden und Roma)<sup>27</sup>. Recht hat und Menschenrecht erkämpft, wer Tum und Wesen aller Art, sprich: Identität und Gemeinschaft, gegen den gleichmacherischen Universalismus, sprich: US-Imperialismus und Globalisierung, mobilisiert und in Stellung bringt. Die Anti-Rassismus-Konferenzen in Durban 2001 mit ihrem Zusammenspiel von UN und NGOs haben die internationale Kanonisierung dieser deutschen Definitionen entscheidend vorangetrieben. Zugleich haben sie tätig und tötlich demonstriert, dass es hier nicht nur um staatspolitische Doktrinen geht, sondern um einen Begriff des Menschen, dessen Inhalt einzig der Hass auf alles Volksfremde, üblicherweise zuerst Israel und die Juden, ist.

## 11. Korrektness und Interesse

Zum deutschen Einsatz gegen Unterdrückung und für das Menschenrecht gehört, dass er interesse- und selbstlos stattfindet. Dem ›national interest‹ der USA ein deutsches (oder auch europäisches) ›Nationalinteresse‹ offen konkurrierend entgegenzustellen, ist aus der Position desjenigen, der die materielle Basis für die Erledigung der ›pax americana‹ erst noch erreichen muss, nicht angesagt. ›Interesse‹ wird daher hierzulande stets von den anderen verfolgt, eines zu haben ist immer irgendwie ›Bäh!‹, und die Linken unter den Deutschen haben eine besondere Vorliebe dafür entwickelt, es als wohlweislich verborgenen Antrieb dieser anderen aufzudecken, zu entlarven, und sie so, ihrer magischen Vorstellung von Ideologie entsprechend, zu entmachten. Und was dem Deutschen sein Vaterland, ist dem Salonroten seine ›Linke‹:

»Aus all diesen Gründen haben wir die Plakate abgenommen. Nicht, weil sie eine andere Sicht des Nahostkonflikts zeigen, als wir sie haben, sondern weil mit ihnen die Grenze weit überschritten ist, die einen innerlinken Minimalkonsens markiert. Wir stellen uns die Frage, was eigentlich damit erreicht werden soll, Plakate in den Räumen des FSK aufzuhängen, auf denen FSK-Aktive als ›Kollaborateure des Faschismus‹ bezeichnet werden und die die Shoah für ihre Zwecke instrumentalisieren. Uns drängt sich der Eindruck auf, hier wird ein skandalöser Faschismus- und Holocaustvergleich benutzt, um politische Gegner zu provozieren.«

Seine »Sicht des Nahostkonflikts« hat uns der SALON ROUGE also nur so zum Angucken präsentiert, zu »all diesen Gründen« für die Plakatabreißerei trägt sie nichts bei. Denn der SALON ROUGE nimmt mit seinem Brief am »innerlinken« Streit um diese oder jene »Sicht des Nahostkonflikts« eigentlich gar nicht teil, er verfolgt in ihm kein eigenes Interesse, er ist nicht Partei, sondern ehrlicher Makler, er agiert allein im allen Adressatinnen und Adressaten seines Schriebs per deren Selbstdefinition als Linke gemeinsamen Interesse des »innerlinken Minimalkonsenses«. Der aber funktioniert im Prinzip wie die freiheitlich demokratische Grundordnung,

die ja nach ihrem Selbstverständnis auch nicht reguliert, was gesagt werden darf, sondern nur, wie, und deren einziger Inhalt folglich die herrschende Meinung ist. In diesem Rahmen darf dann jeder so seine Meinung haben (eben als Variante der herrschenden), zum Beispiel seine ganz persönliche »Sicht des Nahostkonflikts«, und innerhalb dieses Rahmens ist auch die eine Meinung samt ihrer Begründung ebenso egal wie die andere – den een' sien Uhl is den annern sien Nachteggall.

Wenn dagegen jemand mit einer politischen Äußerung offenbar »Zwecke« verfolgt, ist das von diesem Standpunkt aus von vornherein verdächtig, erst recht, wenn es den Verdachtschöpfenden nicht recht gelingt, sich auf diese Zwecke einen Reim zu machen, weshalb sie sich dazu nichts Schlimmeres zu sagen trauen, als dass es wohl darum gehe, »politische Gegner zu provozieren«, egal offenbar, zu was, und egal, was die Provokateure davon haben – wird halt schon irgendwas sein. Dass aber jemand mit seinem Agieren etwas erreichen wollen könnte, das nicht im Repertoire linker Rituale vordefiniert ist; dass jemand eine bestimmte (nämlich die vorherrschende) »Sicht des Nahostkonflikts« für nicht nur irgendwie nicht die seine, sondern für theoretisch und empirisch *falsch*, praktisch und politisch *konterrevolutionär* und alles in allem schlicht *mörderisch* halten könnte, und das auch noch mit Gründen; dass also es um etwas gehen könnte, für das der »innerlinke Minimalkonsens« der Natur der Sache nach insgesamt Gegenstand radikaler Kritik statt deren Grenze ist – das darf alles nicht sein, das begreift der ideelle Gesamtsalonrote ebensowenig wie sein Sozialkundelehrer, aber beide ahnen es mit Grausen.

Die szenelinke Art und Weise des allgemeinen Geschwätzes, also der Organisation der herrschenden Meinung, heißt gemeinhin ›politisch korrekt‹ und unterscheidet sich von eher materialistisch begründetem zivilisierten Benehmen (das als Absicht in den Anfängen der amerikanischen ›political correctness‹, ihrer Legalisierung im ›Affirmative Action Act‹ oder britischen Antidiskriminierungsgesetzen noch durchscheint) durch die inhaltliche Beliebigkeit ihrer Regeln, die die durch deren Anwendung unter der Hand propagierten Inhalte vorderhand der Kritik entzieht. Diese Beliebigkeit erlaubt es dem SALON ROUGE (der dabei, mit Erfolg, auf die Zustimmung des aufgeklärteren Spektrums des linken Mainstreams spekuliert), »alle Holocaustvergleiche im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt unerträglich« zu finden – ohne sich *sachlich* darüber bekümmern zu müssen, ob ein bestimmter »Holocaustvergleich« Opfer und Täter vertauscht oder nicht, ob er also die Vernichtung agitatorisch verdoppelt oder die der Vernichtung wie ihrer Verdoppelung zugrundeliegende Ideologie denunziert. (Und *logisch* ist so auch egal, welche Voraussetzungen für den Vergleich gemacht werden und was sein Ergebnis ist: die Konstatierung wesentlicher Gemeinsamkeiten und Unterschiede oder vielmehr eine glatte Gleichsetzung des Verglichenen. Würden sie wenigstens sich selbst ernst nehmen, müssten die VerfasserInnen zuerst ihr eigenes Produkt »unerträglich« finden, das ja, mit dem Ziel, den vermeintlich auf dem Plakat präsentierten »Holocaustvergleich« als falsch zurückzuweisen, selbst einen Gegenvergleich anstellt – gegen den, siehe Seite 6, einzuwenden ist, dass er völlig an der Sache vorbeigeht, natürlich aber nicht, dass er wegen Verletzung irgendwelcher Diskursregeln nicht legitim sei.)

<sup>27</sup> ... oder wie das irakische Baath-Regime die Kommunisten, Schiiten oder Kurden, wäre hier aktualisierend zum Verständnis des ›deutschen Weges‹ zu ergänzen. (Die irakischen Kurden verfolgen heute überwiegend nicht separatistische, sondern oppositionelle Ziele, was wiederum das auffallende Desinteresse der deutschen Linken an ihrem Schicksal, verglichen mit dem der unter gleichem Namen firmierenden türkischen Staatsbürger, beleuchtet.)

Die politische Korrektheit des SALON ROUGE erinnert an die Tatsache, dass in Deutschland wegen ›Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole‹ seit jeher vorzugsweise Linke belangt werden, die Hakenkreuze oder SS-Runen in antifaschistischem Kontext präsentiert haben. Sie ist aber auch die der LINKSRUCK- und RIM-Aktivist:innen, die den eifrigen Jungantsemiten in dem Mob, der wenige Tage vor der eingangs geschilderten Demo eine antideutsche Veranstaltung in Berlin überfiel<sup>28</sup>, erklärten, sie möchten statt »Juden raus!« doch lieber »Zionisten raus!« brüllen – dem »innerlinken Minimalkonsens« zuliebe. Ob nun derart offene Kumpanei mit manifestem Antisemitismus bezweckt ist oder nicht – der Versuch, Kritik oder überhaupt begründetes Urteilen durch eine politische Hausordnung für das ›linke Projekt‹ als geschlossene Anstalt zu ersetzen, läuft auf immer dasselbe hinaus: einen »Umgang mit der Shoah«, der sie *akzeptabel* macht. Auch in diesem Bedürfnis unterscheidet ›die Linke‹ sich nicht von Deutschland.

Die Formulierung, mit der der SALON ROUGE seine Einwände gegen die Plakate zusammenfasst: sie würden »die Shoah für ihre Zwecke instrumentalisieren«, weist denn auch keineswegs nur oberflächliche Ähnlichkeit mit der Art und Weise auf, in der Martin Walser in seiner berüchtigten Friedenspreisrede »die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken«<sup>29</sup> bejammert hat. Dass Walser nach seinem Selbstverständnis als mutiger Tabubrecher *gegen* eben den »linken Minimalkonsens« reitet, in dessen Namen die Salonroten auf den Plan treten, sagt einiges über die Tauglichkeit von kanonischen Diskursregeln als Mittel der politischen Urteilsbildung, ändert aber nichts an den Gemeinsamkeiten. Angeklagt sind jeweils »Zwecke«, über die nicht viel mehr gesagt wird als dass die, gegen die es geht, sie haben. Zu wissen, welche Zwecke gemeint sind, wird von den Adressaten erwartet; ebenso der Wunsch, dass diese Zwecke nicht erreicht werden, dass also genau die Einigkeit, aufgrund derer diese Erwartungen auch eintreffen, nicht mit sich selbst konfrontiert wird – beim Heimatdichter die Einigkeit der Deutschen mit dem rassistischen Mob in Rostock-Lichtenhagen, beim Bekennerbriefkollektiv die der Linksdeutschen mit dem antisemitischen Mob in Ramallah und im eigenen Stall. Und diese Einigkeit vor dem Hintergrund von Auschwitz zu betrachten (wie die Plakate es nahelegen), ist den Einigen ein umso größerer Skandal, als sie selbst – Sonntagsredner, Bekennerbriefschreiber und beider Adressaten – das ohnehin unaufgefordert tun. Unter diesen Bedingungen fühlt man sich dann sehr leicht »proviziert«, »beleidigt« oder gar verletzt: »Die, die mit solchen Sätzen auftreten, wollen uns weh tun, weil sie finden, wir haben das verdient.«<sup>30</sup>

Deutsche ›Normalität‹ wird zwar auch herbeigeredet (weshalb Martin Walser ausgerechnet zum Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands die Erinnerung durch sein »Geschichtsgefühl« ersetzen durfte und die Kanzlerpartei genau damit den Wahlkampf eröffnete), hergestellt aber wird sie letztlich erst durch handfeste Tatsachen. Nachdem schon in Jugoslawien vorgeführt wurde, dass Deutschland normal genug ist, um einen Angriffskrieg gegen alte Fein-

de aus dem Zweiten Weltkrieg vom Zaun zu brechen, ist jedoch ein Bundeswehreininsatz hinter den afghanischen Sieben Bergen auf die Dauer normalisierungsmäßig unergiebig. Die »Enttabuisierung des Militärischen«, letzter Teil«, wie das Projekt in der *FR* mit so vermutlich gar nicht beabsichtigter Klarheit getauft wurde<sup>31</sup>, steht noch aus, »das Ende der Scheckbuchdiplomatie« (»aus Regierungskreisen«) kann nur in Israel besiegelt werden. Folglich ist »eine internationale Schutztruppe für einen Waffenstillstand in Nahost wohl unvermeidbar« (»aus der Partei der Grünen«), und dann »kommen wir um eine Beteiligung nicht herum« (»ein enger Mitarbeiter Fischers«) – selbstredend nur, »wenn es denn von beiden Konfliktparteien gewünscht werde« (Generalinspekteur Kujat), »auf Anforderung der UN« (irgendwelche ›Regierungskreise‹ o. ä.), also »wenn es nicht anders geht« (»ein Teilnehmer« einer Sitzung des SPD-Präsidiums). Jedenfalls, fasst die *FR* zusammen, »ist nun die alte Befangenheit gegenüber Israel verschwunden. Die Diktion, in der über Nahost geredet wird, ist jetzt die gleiche wie vorher zu Kosovo oder Afghanistan: Die internationale Gemeinschaft soll sich einmischen, um Schlimmeres zu verhüten.«

In diesem Zusammenhang muss das Engagement deutscher Linker auch außerhalb der Regierung gegen israelische Menschenrechtsverletzer und andere, »die die Shoah für ihre Zwecke instrumentalisieren«, und für »volle Menschen- und Bürgerrechte« für ›das palästinensische Volk‹ gesehen werden, und es ist, gegebenenfalls mit dem nötigen Nachdruck, darauf hinzuweisen, dass *so* in Deutschland Kriege vorbereitet werden – und ganz sicher nicht, indem man Antisemitismus angreift. So gesehen stimmen wir dem SALON ROUGE denn auch in einem Punkt völlig zu: FSK sollte »ScharfmacherInnen und KriegstreiberInnen keinen Raum« geben.

## 12. Zurück in die Zukunft (Update)

Der linke Mikrokosmos FSK spiegelt die Entwicklung seit dem internationalen deutschen Frühling auf seine eigene Weise wider. Das allgemeine Schweigen zu dem Papier des SALON ROUGE, resultierend teils aus glatter Zustimmung, teils aus Zurückhaltung im Interesse des »linken Minimalkonsens« (was, ganz im Sinne eben dieses Interesses, auf dasselbe hinausläuft), enthielt eine klare Botschaft, die auch verstanden wurde: Die Antiimps fühlten sich ermutigt, es noch einmal zu versuchen; sie mussten den Eindruck gewinnen, dass ernsthafter Widerstand nur von wenigen zu erwarten und also deren Abspaltung von der das Projekt tragenden Gruppe bei gleichzeitiger Mobilisierung der ›schweigenden Mehrheit‹ zumindest eine realistische Option darstelle. Auch nach dem Versuch, das Menschenrecht auf antisemitische Agitation im Freien Radio mit Gewalt durchzusetzen, verfolgte die Mehrheit der Anbieterinnengemeinschaft die Strategie, es allen recht machen zu wollen, die sich auf den »linken Minimal-

<sup>28</sup>Vgl. <http://www.redaktion-bahamas.org/aktuell/presse-10-04-02.htm>

<sup>29</sup>»Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede«, zit. nach *Die Walser-Bubis-Debatte: eine Dokumentation*, Hrsg. Frank Schirmacher, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999, S. 12.

<sup>30</sup>Ebenda, S. 11.

<sup>31</sup>58.2002.83 (10.Apr.):3 (vgl. Fußnote 8). Der auch sonst bemerkenswert deutliche Artikel macht so manche antideutsche Analyse überflüssig und heißt »Gute Laune beim Tabubruch: hinter den rot-grünen Initiativen für eine Militärmission in Nahost steht ein außenpolitischer Kurswechsel« – ein Titel, den man eher in *konkret* oder *Jungle World* vermuten würde als in der *FR*. Nur ist das hier keineswegs als Kritik zu verstehen, vielmehr können die Autoren ihre Begeisterung darüber, wie toll das wieder alles klappt, kaum im Zaum halten. – Das Zitat im Zitat ist in der Quelle nicht eindeutig zugeordnet, wie auch die folgenden.

konsens« berufen<sup>32</sup>, und also die Angreifer und erst recht ihre Unterstützer vorwiegend wegen Regelverletzung zu kritisieren statt entschlossen, öffentlich und ihrer politischen Praxis angemessen als Konterrevolutionäre anzugreifen. Dieser hilflose Versuch der Rettung des ›linken Pluralismus‹ durch Verzicht auf das Formulieren eigener Inhalte (oder auch wegen der Unfähigkeit dazu), der Versuch, Indifferenz als Identitätskritik zu verkaufen, hatte fatale Folgen für FSK, wenn nicht überhaupt für die Möglichkeit eines kritischen und emanzipatorischen Begriffs Freien Radios in Hamburg (und anderswo). Ob für FSK in diesem Sinn schon alles zu spät (und ob das vielleicht sogar besser so ist) oder ob noch etwas zu retten ist, was zu retten wert wäre, ist eine praktische Frage. Und sie wird nicht von uns entschieden.

Von einer internationalen ›Friedenstruppe‹ in Israel mit deutscher Beteiligung war in den Monaten seit dem internationalen deutschen Frühling öffentlich nicht viel die Rede. Dass solcherlei Bestrebungen im Moment nicht oben auf der Tagesordnung stehen, ist zu einem gewissen Grad sicherlich das Verdienst des Mullah Möllemann und all der anderen Antisemiten, die sich in dieser Zeit lautstark zu Wort gemeldet und damit einiges zur Korrektur deutschfreundlicher Vorurteile im Ausland beigetragen haben – auf ähnliche Weise wie die deutschen Urlauber, die, anstatt durch zivilisiertes Benehmen falsche Tatsachen vorzuspiegeln, sich aufführen, als hätten sie ihr Gastland gerade besetzt, ein praktischer Anschauungsunterricht, der aufklärend und somit friedenserhaltend wirkt. Der ›letzte Teil‹ des rotgrünen Projekts der »Enttabuisierung des Militärischen« ist in besonderem Maße auf eine glaubwürdige Außendarstellung deutscher Friedensliebe und demokratischer Läuterung angewiesen, eben weil er die Nation von dem lästigen Zwang, in dieser Hinsicht einen guten Eindruck machen zu müssen, ein für alle Mal befreien soll. Eine Vertagung auf unbestimmte Zeit schien daher angebracht, Fischer ruderte plötzlich eifrig zurück.<sup>33</sup> Aber die Option ist eröffnet, nachdem das öffentliche Nachdenken über derartige neue Möglichkeiten hierzulande keinerlei entschiedenen Widerspruch hervorgerufen hat.

Die aller Voraussicht nach katastrophale Wirkung, die deutsche Truppen in Israel oder den von Israel besetzten Gebieten hätten, scheint auch von den wenigen nicht annähernd erfasst worden zu sein, die gegen solche Pläne den völlig richtigen Einwand formuliert haben, den Überlebenden des deutschen Vernichtungsprogramms und ihren Kindern und Enkeln sei der Anblick deutscher Armeeuniformen im eigenen Land grundsätzlich nicht zuzumuten. Zwar wäre diese Vorstellung allein für eine in irgendeinem positiven Sinne ernstzunehmende Linke Grund genug gewesen, mit allen Mitteln gegen ihre Verwirklichung vorzugehen. Aber wenn Deutsche anfangen, sich über verletzte Gefühle anderer Gedanken zu machen, geht es längst um anderes, nämlich nicht bloß um Uniformen, sondern um Gewehrmündungen, und nicht bloß um deren Anblick, sondern um die Wirkung der durch sie abgefeuerten Geschosse, also um Leichen – die

kurz zuvor noch lebendige Juden gewesen sein werden. Viele deutsche Linke, alarmierenderweise auch solche, die über die mörderische Wirklichkeit des friedensstiftenden, Flüchtlinge beschützenden Menschenrechtseinsatzes der Bundeswehr gegen Jugoslawien kaum Illusionen hegen, scheinen mit einer ›Nahost-Friedensmission‹ ausschließlich ein Bild zu verbinden, in dem freundliche blonde Menschen in coolen, dem aktuellen Streetwear recht ähnlichen Klamotten kulleräugigen Palästinenserkindern die Lockenköpfe streicheln. Solch Friedensseeligkeit als Ausdruck interessierter Naivität zu analysieren, führt indes in die Irre. Die krisenästhetisch modernisierte Idylle ist ins Verhältnis zu setzen zur Autonomen-Ikone des steinewerfenden kleinen Jungen vor israelischem Panzer, den »Kindermörder«-Parolen samt ihren bluttriefenden Bebilderungen auf Palästina-Demonstrationen und den mit Märtyreremblemen, Armeeuniformen, Gewehren oder Sprengstoffattrappen ausgestatteten Sprösslingen, wie sie von ihren stolzen ›Erzeugern‹ präsentiert werden. Nicht ein weltfremder Wunsch nach Ruhe und Frieden stiftet diese Gemeinschaft im Obszönen, sondern der ganz irdische, den Juden endlich alles heimzuzahlen.

Dafür, dass eine internationale Militärmission gegen Israel, ja schon die Aufweichung israelischer Souveränität durch Entsendung von ›Beobachtern‹ gegen den erklärten Willen Israels, auf eine internationale Ermutigung antisemitischer Umtriebe hinauslief, bedürfte es gar nicht der Teilnahme der Bundeswehr. Und dass derartige Pläne auf der internationalen Agenda deutlich nach unten gerückt sind, seit sie neuerdings nicht mehr so aktiv von den Deutschen vorangetrieben werden, zeigt einerseits, was von deren Beteuerungen, doch nur dem Wunsch der anderen nach Übernahme angemessener Verantwortung nachzugeben, zu halten ist, und gibt andererseits Anlass zu der Hoffnung, es werde zu einer Militärintervention gar nicht kommen, solange die Deutschen sich da irgendwie nicht so richtig nach ihren Vorstellungen einbringen können. Denn nach Maßgabe der rot-grünen Normalisierungsstrategie ist eine internationale Militäraktion ohne deutsche Beteiligung allemal schlechter als gar keine und also möglichst zu verhindern. Sollte allerdings die ›internationale Gemeinschaft‹ sich darauf einigen, den Deutschen den Einsatz ihrer Neo-Wehrmacht in Israel zu gestatten, wäre das für die Antisemiten in Deutschland, den arabischen Ländern und dem Rest der Welt die Nachricht vom endgültigen Ende der Schonfrist für Juden. Der autoritäre Charakter weiß: wenn die Deutschen wieder dürfen, dürfen alle. Folglich ist damit zu rechnen, dass die für diesen Fall zu erwartenden weltweiten Manifestationen antisemitischer Gewalt das aus dem vergangenen Jahr Bekannte weit in den Schatten stellen werden.

Dass Schröders Wahlkampfstrategie der erneuten Ausrufung des »deutschen Weges« ausgerechnet anhand der Irak-Frage sich als das zeitgemäßere Deutschtum erwiesen hat, weil es in der Lage ist, bei Bedarf sogar den CSU-Boss wegen ›bedingungsloser Vasallentreue‹ als vaterlandlosen Gesellen erscheinen zu lassen; dass jetzt allerlei wollsockige Bauchschmerzengesichter ›gegen den Krieg sind‹, die den ›Friedenseinsatz‹ gegen Israel, wie zuvor schon den gegen Jugoslawien, kaum abwarten können; dass im Vergleich zu damals bemerkenswert wenig von Menschenrechten und Demokratie, bemerkenswert viel hingegen von Völkerrecht und den Vorteilen politischer ›Stabilität‹ die Rede ist sowie da-

<sup>32</sup>Siehe für eine ähnliche Positionierung auch den Diskussionsbeitrag der GRUPPE DEMONTAGE unter <http://www.demontage.org>. – Der Hergang der Ereignisse soll hier nicht noch einmal dargestellt werden, wir verweisen auf die in Fußnote 1 genannten Quellen.

<sup>33</sup>Siehe v. a. das Interview in der *FR* vom 20. April – offenbar auch ein Versuch der Schadensbegrenzung nach Schröders trampelig voreiligen Sprüchen zu deutschen Militäreinsätzen in Israel; auch Fischers Beitrag »Deutschland, deine Juden« in der *FAZ* vom 11. Mai.



von, dass ›Krieg keine Probleme löst‹<sup>34</sup>; dass allerorten verlautbart wird, das Hussein-Regime sei militärisch zwar stark genug, um den USA und ihren Verbündeten ›ein zweites Vietnam‹ zu bereiten, aber zu schwach, als dass sein unablässig als vordringlicher Staatszweck proklamierter antisemitischer Vernichtungswille dem winzigen Beinahe-Nachbarn Israel ›wirklich‹ (!) gefährlich werden könne – all das zeigt nicht nur die beliebige Verwendbarkeit wohlfeiler politischer Bekenntnisse. Vielmehr lässt es keinen Zweifel daran, wo in Deutschland die Prioritäten liegen und welche Gefahr Israel von dieser Seite weiterhin droht. Ziel dieses »deutschen Weges« ist, wie Hermann L. Gremliza festgestellt hat, »nicht Frieden, sondern Krieg zu anderer Zeit an anderem Ort gegen andere Feinde«.<sup>35</sup>

Genau dieses Ziel ist die (wie sich bereits gezeigt hat, durchaus tragfähige) Gemeinsamkeit mit der sogenannten Friedensbewegung, die in erster Linie demonstriert, dass sich in Deutschland (und in dieser Frage nicht nur dort, was die Sache nicht besser macht) der inhaltliche Unterschied zwischen ›der Linken‹, der Regierung und dem rechten Mob weitgehend in Luft aufgelöst hat. Dass ›die Linke‹, auf eine Weise, die Anspruch und Wirklichkeit strukturell identisch werden lässt, als Sprachrohr ›des Volkes‹, also der sich für ihren eigenen Gegenpol haltenden herrschenden Meinung auftritt und folglich als Stichwortgeberin für dessen demokratische Repräsentanz fungiert, ist dabei nicht wirklich neu. Sie hatte diese Funktion immer *auch*, insofern sie sich aus der selbst zugewiesenen Rolle der fortschrittlichen Kraft in der Gesellschaft ergibt. Und so nötig es immer schon war, jede linke Theorie und Praxis als letztlich affirmativ bloßzustellen, die dieses Funktionieren mit einer aufhebenden Kritik der Verhältnisse verwechselte, so witzlos wäre es, mit dieser Begründung Linken, die Linke sein wollen, vorzuwerfen, dass sie es sind. Neu ist jedoch, dass die Linken, ›die Linke‹ oder das Linkssein als solches keinerlei politisches Korrektiv mehr darstellen, keinerlei gesellschaftliche Funktion über das ›konstruktive Gestalten‹ der nationalen Uniformierung hinaus mehr erfüllen (wobei die Antwort auf die Frage, zu welchem Teil und in welchem Maße die Linken das gar nicht wollen oder doch zumindest an diesem Zustand selbst schuld sind, für die Feststellung der Tatsache dahingestellt bleiben kann). Neu ist zudem, dass der angestrebte Fortschritt selbst nicht bloß vom Kampf für die befreite Gesellschaft grundsätzlich zu unterscheiden ist, sondern diesem direkt entgegengerichtet. Es gibt also im Sinne einer radikalen Kritik und emanzipatorischen Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Krise keinen Grund mehr, ihre ›Linke‹ darzustellen oder diese Darstellung insgesamt praktisch oder theoretisch zu legitimieren.

Dass solche Entscheidungen gerade anlässlich von Auseinandersetzungen über den Antisemitismus und Israel fallen, ist alles andere als ein historischer oder gar den aktuellen Konstellationen des vielzitierten ›innerlinken Diskurses‹ geschuldeter Zufall. Es hat seinen Grund zum einen in dem funda-

mental Status einer kritischen Theorie des Antisemitismus für jedes begriffliche Durchdringen der krisenhaften Totalität von Ware, Wert, Kapital, Arbeit und Staat. Dieser Status resultiert daraus, dass der Antisemitismus selbst ein solches Durchdringen in negativer, begriffslos wahnhafter Weise sowohl verspricht als auch, indem er nicht irgendeinen, sondern eben *totalitären* Wahn darstellt, tatsächlich leistet. Die emanzipatorische Kritik der totalen warenfetischistischen Vergesellschaftung hat mit dem schlechten Ganzen selbst und seiner wahnhaften Erscheinung gemeinsam, dass ihre Wirklichkeit ihr einziger Beweis wie auch sich selbst Beweis genug ist – die Kritik kommt zu sich im Kommunismus, das Kapital in seiner permanenten Krise und der darin angelegten totalen Barbarei, deren Vorschein der Antisemitismus ist. Zum anderen ist also die Antisemitenfrage eine unmittelbar praktische. Die bedingungslose Verteidigung des bürgerlichen Nationalstaates Israel verhält sich daher zum Kampf für die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft nicht als Widerspruch, sondern wie die Adornosche Fassung des kategorischen Imperativs zur Marxschen: als Präzisierung am konkret Besonderen im Angesicht der Gefahr seiner negativen Aufhebung.

<sup>34</sup>Die »Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung«, Heidemarie Wiecek-Zeul, hat auf einer Veranstaltung der HESSISCHEN STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG und der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG gegen einen Angriff auf den Irak vorgebracht: »Statt auf Konzepte von gemeinsamer Sicherheit und vom Wandel durch Zusammenarbeit zu setzen, würde Krieg als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln wieder hoffähig«; *FR* 58.2002,293 (17.Dez.): 18.

<sup>35</sup>*Konkret* 2002,9: 9.

## Über Sinn und Zweck einer ›Kritik an der Sharon-Regierung‹

Von Andreas Kühne, INITIATIVE SOLIDARITÄT MIT ISRAEL, Hamburg. Einführungsvortrag für die Veranstaltung ›Die verfolgende Unschuld – Berufspalästinenser aus Ramallah, Brüssel und Berlin‹ mit Yossef Levy, Sekretär der Botschaft des Staates Israel, Berlin, am 24. Juni 2002 in der Katholischen Akademie in Hamburg.

›Man wird ja wohl noch die Sharon-Regierung kritisieren dürfen, ohne gleich Antisemit zu sein‹ – so lautet die derzeit beliebteste politische Äußerung der Deutschen, und sie lautet wortgleich bei Politikerinnen, Anhängern und Wählerinnen von CDU, FDP, SPD, Grünen und PDS, bei Linksradikalen und Nazis, bei Erika Mustermann und Otto Normalverbraucher und bei Leuten, die sonst so gut wie nie irgendwelche politischen Äußerungen von sich geben. Die israelische Regierung kritisieren zu dürfen, ist ihnen allen ein echtes Anliegen, ja, ein fundamentales Menschenrecht, das unter allen Umständen verteidigt werden muss – vor allem unter Umständen, in denen es von niemandem in Frage gestellt wird. Denn dass man in diesem Land die israelische Regierung nicht kritisieren dürfe, ist eine einfach durch ständige Wiederholung derart selbstverständlich gewordene Behauptung, dass niemand, der sie implizit oder explizit aufstellt, noch für nötig hält, zu erklären, wer denn auf welche Weise dafür Sorge, dass man es nicht darf.

Deutsche Sätze, die mit ›Man wird ja wohl noch‹ anfangen, gehen zwar irgendwann mit ›dürfen‹ weiter, sagen aber nie etwas darüber aus, was ›man‹ darf oder nicht darf. Um so mehr verraten sie darüber, was die Sprecherin oder der Sprecher will und kann. Was Leute, die solche Sätze lieben, vielleicht manchmal wollen, aber nie *können*, ist eben genau das, was zu dürfen sie angeblich erst durchsetzen müssen: die israelische Regierung kritisieren – ohne dabei auf antisemitische Argumentationsmuster, Stereotype und Ressentiments zu verfallen. Zu dem, was tatsächlich herauskommt, passt meist sehr gut, was Henryk M. Broder in der aktuellen *Jüdischen Allgemeinen*<sup>1</sup> über Möllemanns Forderung schreibt, Michel Friedman habe den Vorwurf, er, Möllemann, sei ein Antisemit, zurückzunehmen:

›Jeder Verkehrspolizist kennt das Phänomen: sturzbetrunkenne Autofahrer, die lallend versichern, sie wären vollkommen nüchtern. So ähnlich verhält es sich mit dem Antisemitismus. Ob einer ein Antisemit ist oder nicht, ist keine Frage der Selbsteinschätzung. Es reicht nicht, daß er sagt: ich bin es nicht. Allenfalls könnte er sagen: ich will es nicht sein.‹

Sowenig irgendwer eine Kritik an der israelischen Regierung verbietet (oder behauptet, diese sei immer und grundsätzlich antisemitisch), so wenig hatte Michel Friedman Jürgen W. Möllemann einen Antisemiten genannt. Beides erinnert an die Tatsache, dass der Vorwurf, gegen den die Deutschen sich seit 1945 am allerliebsten zur Wehr setzen, die berüchtigte Kollektivschuldthese, ebenso erst von ihnen selbst erfunden werden musste, und zwar zu genau diesem Zweck – sich öffentlich dagegen empören und eben *zur Wehr setzen* zu können (beziehungsweise vorgeblich: zu müssen). Woher aber kommt dieses merkwürdige Bedürfnis, sich gegen Vorwürfe zu verteidigen, die gar nicht erhoben wurden, und für Rechte zu kämpfen, die niemand in Frage stellt?

Sylke Tempel schreibt, ebenfalls in der aktuellen *Jüdischen Allgemeinen*:

››Container‹-Guido Westerwelle, der stromlinienförmige, hy-

perdynamische und ultramoderne FDP-Chef, ist typischer Repräsentant der sich zu neuen Höhen aufschwingenden ›Man-wird-doch-wohl-noch-sagen-dürfen‹-Empörung und damit der schmierigsten Form deutsch-jüdischer Verquertheiten.‹

Wozu inszenieren die Westerwelles diese Empörung? Was versprechen sie sich davon?

Die Empörung dient zunächst dem Zweck, sich mit einer tatsächlich vorgebrachten Kritik nicht auseinandersetzen zu müssen, und soll sodann die Kritisierten in der Abwehr eines illegitimen Angriffs vereinen.

Es wäre absurd, den wenigen Deutschen, die Widerstand gegen die Nazis geleistet haben, oder den vielen, die nach 1945 geboren wurden, persönlich eine moralische Schuld am Zweiten Weltkrieg und an der Vernichtung der europäischen Juden zuweisen und sie also persönlich dafür bestrafen zu wollen. Also klagt man seit Jahrzehnten mit mehr oder weniger professioneller Jammerlappigkeit über die Dummheit und die finsternen Absichten derjenigen, die das angeblich tun beziehungsweise fordern (zu diesem Zweck gibt es einen spezifisch deutschen Zweig der Kulturindustrie, dessen typischer Repräsentant Martin Walser ist). Also setzt man sich *nicht* kritisch mit der Tatsache auseinander, dass die deutsche Gesellschaft, die diesen Massenmord begangen hat, mit dem Einmarsch der Alliierten ja nicht ausgetauscht wurde und also das, was die Vernichtung möglich machte, sich nicht in Luft aufgelöst hat (und wenn doch, dann eben in die, die wir in diesem ja immer etwas stickigen Land beständig ein- und ausatmen).

Es wäre absurd, Möllemann vorzuwerfen, er sei ein Antisemit nach Art des *Stürmer*-Chefs Julius Streicher. Also behauptet Möllemann, Friedman habe ihm genau das vorgeworfen (denn eben diese Definition von ›Antisemit‹ setzt er voraus) und macht damit seinen Anhängern klar, dass nur er, Möllemann, sich in diesem von Judenfunktionären gegängelten Land den Mut leisten kann, die Wahrheit zu sagen (und das dann scheinbar zurücknehmen muss, weil die Juden eben letztlich doch immer am längeren Hebel sitzen). Also wird Feuilleton rauf, Talkshow runter darüber schwadroniert, was ›man‹ gerade noch sagen darf und was schon nicht mehr, und also wird *nicht* zur Kenntnis genommen, dass es auch ohne *Stürmer*-Parolen gute Gründe gibt, Möllemann einen Antisemiten zu nennen, an denen sich nichts ändert dadurch, dass Friedman ja nicht alles tun muss, wofür es gute Gründe gibt. Und also wird *nicht* darüber geredet, was es heißt, wenn Westerwelle dekretiert, mit dem Vorwurf des Antisemitismus mache man in Deutschland keinen Wahlkampf, und das zum ›Schlussstrich‹ unter die Debatte erklärt – also den Juden die Grenzen aufzeigt, ab denen sie den Mund zu halten hätten.

Es wäre absurd, Kritik an der israelischen Regierung *per se* als antisemitisch zu bezeichnen. Also lamentiert alle Welt darüber, dass die israelische Regierung selbst, der Zentralrat der Juden in Deutschland, die jüdische Lobby an der amerikanischen Ostküste oder linke ›Antideutsche‹ ständig irgendwelche Äußerungen als antisemitisch denunzieren würden, *weil* sie die israelische Regierung kritisierten. Also fragt man

<sup>1</sup> 57.2002,13(20.Juni), S. 3.

sich *nicht*, warum, was als Kritik verstanden werden will, fast nie eine ist, und warum, was logisch nicht antisemitisch sein muss, es empirisch fast immer ist.

Sie hat aber noch einen weiteren Effekt, die »Man-wird-doch-wohl-noch-sagen-dürfen«-Empörung«: Aus einer politischen *Behauptung*, die wahre oder falsche Tatsachen für eine gute oder schlechte Begründung heranzieht und damit selbst potenziell Gegenstand der Kritik wird, macht sie eine bloße *Meinung*. Während eine Behauptung nach ihrem Inhalt zu bewerten ist, ist der in der Demokratie bei einer Meinung Privatsache. Und während das öffentliche Äußern einer Behauptung selbst ein politischer Akt ist, handelt es sich beim Aussprechen einer Meinung um die Ausübung von Recht und Freiheit, die beanspruchen, gerade unabhängig vom Inhalt der Meinung verteidigt zu werden. Eine Behauptung wartet darauf, bestritten zu werden, und erweist ihre Qualität in ihrer Verteidigung; ein Angriff auf die Äußerung einer Meinung ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit an sich. Eine Meinung, die angegriffen wird, muss deshalb erst recht vertreten werden, um die Möglichkeit des Vertretens von Meinungen überhaupt zu verteidigen, und sei dies der einzige Grund, sie zu vertreten, – und sei das Recht, das zu tun, wie im Falle des von Möllemann geforderten uneingeschränkten Rechts, die israelische Regierung zu kritisieren, bestenfalls das Recht auf uneingeschränkte Ignoranz.

Wenn also »Kritik an der israelischen Regierung« als Meinung daherkommt, wird nicht gefragt, was denn für die Richtigkeit der nichtsdestotrotz darin enthaltenen Behauptungen spricht, und erst recht nicht, was dafür spricht, sie auch zu äußern. Eine Behauptung kann der Staatsbürger für sich behalten. Auf sein Recht, seine Meinung zu äußern, kann er aber nur so lange verzichten, wie es nicht in Frage gestellt wird. Und wenn es in Frage gestellt wird, verlangt er von allen, es mit ihm zu verteidigen. Genau das ist der Grund für die Erfindung der Kollektivschuldthese. Das ist der Grund, warum, wie Broder schreibt, Möllemann zwar kein Antisemit sein will, aber darauf besteht, einer genannt zu werden. Und das ist der Grund für die Ausrufung des Menschenrechts auf Kritik an der Sharon-Regierung.

Wir haben das Recht, die israelische Regierung zu kritisieren, wie wir das Recht haben, in die FDP einzutreten, 20 Euro für »den neuen Walser« auszugeben oder uns Klobürsten an die Ohren zu hängen. Keines dieser Rechte ist aktuell in Gefahr, und keines werden wir verteidigen, indem wir es ausüben.

Das heißt nicht, dass uns zur israelischen Regierung, zu israelischer Politik, Kultur, Gesellschaft, überhaupt zu den dort herrschenden Verhältnissen nichts Kritisches einfallen würde. Nur fällt uns eben zu den hier herrschenden Verhältnissen gerade viel mehr ein – und von denen verstehen wir auch einfach mehr. Und wir verstehen diese Verhältnisse als welche, die neben allem, was sonst noch aus ihnen folgt, eine unmittelbar praktische Konsequenz verlangen: Solidarität mit Israel.

Was hat es zu bedeuten, wenn Leute, die Staat, Nation, Kapital und bürgerliche Gesellschaft kategorisch und fundamental kritisieren, zur Solidarität mit einem bürgerlichen Nationalstaat aufrufen? Nun – das könnte vielleicht einmal Thema einer anderen Veranstaltung sein. Was es aber jedenfalls nicht zu bedeuten hat, ist das, was unisono dahinter vermutet wird: Nein, wir »lieben« ihn nicht, den Staat Israel – schon allein deswegen, weil die Israelis alles mögliche nötig haben

als Deutsche, die ihren Staat lieben. Was sie vor allem nötig haben, ist eine Macht, die Schutz vor Antisemitismus bietet, und die kann, solange nicht ganz grundsätzlich andere Fragen an der Tagesordnung sind, nur in einem Staat bestehen – nach Lage der Dinge in einem schwer bewaffneten. Wenn die Fundamentaloppositionellen und Systemkritiker aller Länder wider Erwarten jemals mit ihrer »Kritik an der israelischen Regierung« aufhören und mit der Abschaffung der Staaten zugunsten einer Gesellschaft freier Weltbürger anfangen sollten, werden wir uns konstruktiv daran beteiligen, indem wir auf die Einhaltung der richtigen Reihenfolge achten: den deutschen zuerst, den israelischen zuletzt – nicht, weil dieser der schönste von allen wäre, sondern weil er der einzige ist, der eine Existenzberechtigung hat, und weil die in der Existenz der übrigen besteht.

Dass Solidarität, die nicht kritisch ist, keine ist und denen, denen sie helfen soll, eher schadet, wird nirgends so deutlich wie in der falschen Solidarität der Deutschen mit ihrem Lieblingsvölkchen, den Palästinensern. Es gilt grundsätzlich auch für die Solidarität mit Israel. Solange aber von jedem, der den Antisemitismus in seinen aktuellen Erscheinungsformen kritisiert, die Sprechblasen der Westerwelles und anderer, den linken »Antizionismus«, die tätlichen Angriffe auf Juden und alle, die dafür gehalten werden, die Kumpanei der EU mit palästinensischen und arabischen Mordorganisationen – solange für jeden Einwand gegen was auch immer sich Antisemiten gerade so einfallen lassen als Legitimationsnachweis erst einmal eine »Kritik an der Sharon-Regierung« verlangt wird, so lange – mindestens – werden wir unsere Kritik für uns behalten.

Stattdessen freuen wir uns, einen Gast begrüßen zu können, der unter diesen Umständen vielleicht schon von Amts wegen, jedenfalls aber durch das, was er in seinen Kommentaren daraus macht, mehr für die Kritik der herrschenden Verhältnisse tut als die, die diese Kritik zu ihrem Beruf gemacht haben: Yossef Levy.

**Nachbemerkung:** Bei Ende der Veranstaltung kam eine junge Frau, vermutlich Studentin, ans Podium, und sagte, was sie ja nicht gut gefunden habe, sei meine »Vorverurteilung« des neuen Walser-Romans, also dass wir da mitmachen würden, denn das sei doch einfach ungerecht, wie jetzt alle über ein Buch urteilten, das man noch gar nicht lesen könne. Ich hatte es eilig und sowieso keine Lust auf die Diskussion und erwiderte also kurz, dass mir erstens das wenige schon von Schirmmacher Zitierte völlig reiche und zweitens der Text ja auch im Internet zur Verfügung stehe. Das mit dem Internet schien ihr neu zu sein, aber das mit den Zitaten wollte sie jedenfalls nicht gelten lassen, man könne sich ja nicht einfach auf die Meinung anderer Leute verlassen. Ob sie *Mein Kampf* gelesen habe, wollte ich erst noch fragen, und ob sie der Ansicht sei, nur die wenigen, die sich das angetan haben, dürften sagen, das Buch sei antisemitisch, und ob daraus eine allgemeine ethische Verpflichtung resultiere, die praktische Konsequenz aus antisemitischer Propaganda deren Konsumenten zu überlassen. Da ich aber wie gesagt keine Zeit hatte, schon gar nicht für das zu erwartende »Das kann man ja wohl überhaupt nicht vergleichen!«, sagte ich nur, dass ich jetzt dringend los müsse und ging. Zwei Tage später fiel mir die Geschichte wieder ein und da auch erst auf, dass ich über »den neuen Walser« kein Wort gesagt hatte, außer, dass ich nicht vorhabe, ihn zu kaufen. Seltsam ...

# Erfahrung und Konsequenz

## Einige Gesichtspunkte zur Diskussion über die Bekämpfung des Antisemitismus (von links)

Von Joachim Bruhn, INITIATIVE SOZIALISTISCHES FORUM, Freiburg. Unveröffentlichtes Diskussionspapier anlässlich des weitgehend folgenlosen Endes eines Antisemitismusstreits bei RADIO DREYECKLAND im Spätsommer 1991. Im Einvernehmen mit dem Verfasser redaktionell bearbeitet und um lokale Bezüge gekürzt.

**1** ›Die Linke‹ ist tot, aber die meisten Linken haben es gar nicht bemerkt und einige wollen es nicht so recht wahrhaben.

**2** So mausetot ist ›die Linke‹, dass sie sich noch nicht einmal durch den Abscheu vor dem Antisemitismus (von links) wiederbeleben lässt.

**3** Der linke ›Common sense‹ ist die moraline Variante der herrschenden Meinung, die bekanntlich die Meinung der Herrschenden ist.

**4** Der gesunde Menschenverstand des ›anderen Deutschland‹ ist eine diffuse Mischung aus linkem Nationalismus, Sehnsucht zum Ursprung, vulgärmaterialistischem Kult von Unmittelbarkeit, Bedürfnis und Interesse, Pluralismus, Recht auf ›Meinung‹, aufgedrehtem Narzissmus und erschwandelter Authentizität, formalem Demokratismus und einer leidenschaftlichen Politikbegeisterung, die nur mühsam die Bereitschaft zum Staat verbirgt. Kurz und gut: ›die Linke‹ repräsentiert in toto den traurigen Tatbestand, den Marx als »wahrer Sozialismus« charakterisiert hat:

**5** »Das Gewand [des ›wahren Sozialismus‹], gewirkt aus spekulativem Sinnweb, überstickt mit schöngeistigen Redebäumen, durchtränkt von liebesschwülem Gemütstau, dies überschwengliche Gewand, worin die deutschen Sozialisten ihre paar knöchernen ›ewigen Wahrheiten‹ einhüllten, vermehrte nur den Absatz ihrer Ware bei diesem Publikum. Seinerseits erkannte der deutsche Sozialismus immer mehr seinen Beruf, der hochtrabende Vertreter dieser Pfahlbürgererschaft zu sein. Er proklamierte die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spießbürger als den Normalmenschen. Er gab jeder Niedertracht desselben einen verborgenen, höheren, sozialistischen Sinn, worin sie ihr Gegenteil bedeutete.«<sup>1</sup>

**6** ›Die Linke‹ lässt sich weder – konstruktiv – zu einer Neueignung revolutionärer Theorie bewegen noch – destruktiv – gegen das Schlimmste zumindest immunisieren.

**7** Das liegt nicht zuletzt an ihrem Akademismus, ihrer abgründig zwischen Positivismus der ›Fakten‹ und Metaphysik des ›Interesses‹ changierenden Denkform, ihrem untergründigen Sympathisantentum mit dem ›zwanglosen Zwang des besseren Arguments‹, das weniger eine Sache der Erkenntnis als vielmehr Signal der Bereitschaft ist, in den Institutionen der sekundären Vergesellschaftung Kopflangerdienste zu leisten.

**8** Dieser Habitus prägt die ›Szene‹ von den Autonomen bis hin zu den Jusos. Er findet seinen spirituellen point d'honneur in der Idee, Theorie und Praxis müssten vermittelt werden. Aber der Intellektuelle ist immer schon und vor jedem Inhalt die leibhaftige Vermittlung, d. h. das Bewusstsein des souveränen Werts.

**9** Nichts anderes war von den Antizionisten zu erwarten als die auch praktische Konsequenz ihrer ›Theorie‹-Konstrukte.

Das ist unheimlich und widerlich genug – allerdings noch lange nicht der eigentliche Skandal, der vielmehr in der Reaktion der ›schweigenden Mehrheit‹ besteht.

**10** Die Unaufklärbarkeit der Antizionisten hat ihr Fundament, hat die Bedingung ihrer Möglichkeit im alternativen Bewusstsein selbst.

**11** Die Antizionisten machen es sich in den Trümmern des materialistischen Bewusstseins bequem, die zur Innenausstattung der ›Szene‹ gehören. Die Leichen im Keller der alternativen herrschenden Meinung sind das Pfund, mit dem der linke Kampf gegen die Fremdherrschaft wuchert. Dazu gehören u. a.: Befreiungsnationalismus, völliger Verlust der materialistischen »Kritik der politischen Ökonomie«, allgegenwärtige Präsenz des liberalen ›Ideologieverdachts‹, Denunziation von Theorie als ›abgehoben‹ und ›abstrakt‹ – zu untersuchen wäre, ob nicht der diskrete Antisemitismus der nicht-antizionistischen Mehrheit in diesen Invektiven sich äußert, die allesamt der kritischen Theorie gelten.

**12** ›Die Linke‹ ist keineswegs das Subjekt ihrer selbst. Paradox: je mehr von ›Autonomie‹ die Rede war, desto weniger fand sie statt, desto mehr wurde die Linke zur Abteilung der herrschenden Meinung.

**13** »Erfahrung, die Kontinuität des Bewußtseins, in der das Nichtgegenwärtige dauert, in der Übung und Assoziation im je Einzelnen Tradition stiften, wird ersetzt durch die punktuelle, unverbundene, auswechselbare und ephemere Informiertheit, der schon anzumerken ist, daß sie im nächsten Moment durch andere Informationen weggewischt wird. Anstelle des Zusammenhangs eines in sich relativ stimmigen Lebens, das ins Urteil mündet, tritt ein urteilsloses ›Das ist‹, etwa so, wie im Schnellzug je Fahrgäste reden, die bei jedem vorbeifliegenden Ort die Kugellager- oder Zementfabrik oder die neue Kaserne nennen, bereit, jede ungefragte Frage konsequenzlos zu beantworten.«<sup>2</sup>

**14** Kritik ist nicht die zweite Stufe von Verständnis.

**15** Der Versuch, gerade in der Konsequenz von Erfahrung mit dem ›common sense‹ zu brechen (die geistige Reflexion des Milieus), kann nicht im Horizont von Theorie und Praxis unternommen werden. Noch in seinen avanciertesten Fassungen ist das Theorie/Praxis-Denken mit dem Arbeiterbewegungsmarxismus und der bürgerlichen Denkform verbunden. Als politisiert-affirmierter Ausdruck der basalen Spaltung von geistiger und körperlicher Arbeit ist das Denken in Theorie und Praxis (u. a.) die Legitimation der (linken) Intellektuellen. Der Intellektuelle ist seiner politökonomischen Konstitution entsprechend objektiv antisemitisch – darin lebt er seinen Hass auf die nutzlose Wahrheit, auf das unpraktische Denken, auf den wertlosen Gebrauchswert aus.

**16** Der Antisemitismus, geistiger Vorschein der im Kapitalverhältnis angelegten Möglichkeit der negativen Aufhebung bürgerlicher Gesellschaft in Barbarei, ist die Kehrseite der

<sup>1</sup>»Manifest der Kommunistischen Partei«, MEW 4, S. 487 f.

<sup>2</sup>Adorno, »Theorie der Halbbildung«, *Soziologische Schriften I*, S. 115 f.

Revolution. Oder anders: wer nicht weiß, worum es hier geht, kann kein ›revolutionäres Subjekt‹ sein.

**17** Der schon von der Gestalt des Revolutionsproblems erforderte Übergang vom Theorie/Praxis-Schema zum Denken aus der Konstellation von Kritik und Krise heraus wird zugleich durchs Antisemitismusproblem erzwungen. Natürlich gilt: keine Kritik ohne ›Theorie‹, keine militante Aufklärung ohne die Vermittlung von Wissen und die Mitteilung von Informationen, seien sie historischer, soziologischer oder sonstiger Natur. Aber dies betrifft, frei nach Marx, eher die ›Forschungs-‹ und weniger die ›Darstellungsseite‹. Aufklärung geht in Informationen nicht nur nicht auf – sie geht darin unter.

**18** Denn das Schema von Theorie/Praxis impliziert die Reduktion von Ideologie auf Irrtum, die Verniedlichung von Denkform in Wahrnehmung und die Verharmlosung des Bewusstseins zum ephemeren ›Überbau‹ des Seins. Damit verfehlt Theorie ihren Gegenstand und ihre Praxis – »geistige Aktion« (Korsch) – zugleich; noch als oppositionelle hat sie derart Teil an der Reproduktion der herrschenden Meinung und ihrer Praxis.

**19** Wer in Sachen Antisemitismus nicht polemisch vorgeht, der handelt unsachlich.

**20** Der Antisemitismus lässt sich zwar erklären, aber er lässt sich nicht begreifen. Als nicht nur an sich unvernünftige, sondern vielmehr anti-vernünftige Angelegenheit liegt der Antisemitismus im Jenseits der Vernunft. Ihr Verhältnis zueinander ist das der völligen Vermittlungslosigkeit, d. h. das Verhältnis des Krieges, der Polemik. Die *Erklärung* des Antisemitismus muss sich dessen gewiss sein, dass ihr Wahrheitskriterium kein innertheoretisches ist (wie der Positivismus meint), sondern ein gesellschaftliches (wie der Materialismus empfiehlt). Vernunft, die sich nicht auf Verstand heruntertheoretisieren lässt, beruhigt sich nicht mit der Erklärung des Antisemitismus: Ihr *Begriff* der Sache ist deren *Abschaffung*, ihr Wahrheitskriterium liegt in der praktischen Lösung der Antisemitenfrage. Die *theoretische* Wahrheit über den Antisemitismus ist sein *praktisches* Ende, das nur das Ende der Gesellschaft des Kapitals sein kann. Es ist dieser dialektische Begriff der Wahrheit, der das Theorie/Praxis-Verhältnis in der Konstellation von Kritik und Krise *aufhebt*.

**21**

»Die Internationale –

ertönen, erdröhnen soll sie,  
wenn der letzte Antisemit, den sie trägt, diese Erde,  
im Grab ist, für immer.«<sup>3</sup>

Die HAMBURGER STUDIENBIBLIOTHEK ist ein Zusammenschluss für die Aneignung und Entwicklung kritischer Gesellschaftswissenschaft, -geschichte und -theorie. Wir haben uns lange Zeit als Teil der Linken verstanden, die nach 1989 nicht in Amnesie verfallen ist und an der Kritik des gesellschaftlichen Gesamtverhältnisses festhält. Dass das jedoch im Verständnishorizont der Linken nicht mehr möglich ist, darüber haben uns die Auseinandersetzungen während der 90er Jahre belehrt. Wir haben daher nach vielen Diskussionen im vergangenen Jahr zusammen mit anderen eine Projektgruppe gebildet, die Konsequenzen aus dem völligen Verschwinden einer emanzipatorischen linken Kritik ziehen und die Arbeit der HSB inhaltlich neu bestimmen will.

Wenn wir uns also gerade nicht in Auseinandersetzungen mit den linken und sonstigen Gemeinschaftsträumern ergeben, versuchen wir theoretische Arbeiten zu fördern und selbst zu betreiben, die dem skizzierten Anspruch dienlich sind. Dafür unterhalten wir eine entsprechende Leihbibliothek, organisieren Veranstaltungen und Arbeitsgespräche, Diskussions- und Lesegruppen oder versuchen, solche Bemühungen zu unterstützen.

Die HSB verfügt über einen Bestand von ca. 6000 Büchern und diversen Zeitschriften. Der Bestand ist katalogisiert, er wird gegenwärtig elektronisch erfasst und neu systematisiert. Schwerpunkte sind u. a. die neuere Geschichte der Linken, marxistische und postmarxistische Theorie, Revolutions- und Widerstandsgeschichte, materialistische Psychoanalyse, Kritik der Geschlechterverhältnisse, Nationalsozialismus, Theorie und Geschichte des Antisemitismus und Vergangenheitspolitik. Die Bücher und Zeitschriften sind im Prinzip ausleihbar, der Buchbestand ist allerdings aus Platzmangel nur begrenzt öffentlich zugänglich; z. Zt. stehen ca. 2500 Bände zur Verfügung.

Die HSB finanziert sich über Mitgliedsbeiträge und Spenden, die aufgrund der Gemeinnützigkeit der HSB steuerlich absetzbar sind. Der Mindestbeitrag beträgt monatlich fünf Euro. Wir freuen uns über jedes neue Fördermitglied, denn nur so können wir unseren kostenlosen Betrieb gewährleisten.

Die HSB hat derzeit mittwochs von 18.30 bis 20 Uhr, donnerstags von 17 bis 20 Uhr und freitags von 16.30 bis 18 Uhr oder nach Vereinbarung geöffnet.

Dieses Dokument steht als PDF-Datei unter untenstehender Web-Adresse zur Verfügung. Kritik und sonstige Kommentare bitte möglichst per E-Mail.

Hamburger Studienbibliothek e.V.  
Hospitalstraße 85  
22767 Hamburg

Tel.: 040-1899 08 00

E-Mail: [hsb@studienbibliothek.org](mailto:hsb@studienbibliothek.org)

Web: <http://www.studienbibliothek.org>

Stand: Mai 2005

<sup>3</sup>Evgenij Evtuschenko, »Babij Jar«.



Interner Brief an alle Redaktionen, Gruppen und Gremien des FSK

## DIE GRENZE IST ÜBERSCHRITTEN!

Hamburg, den 17. 4. 02

Liebe FSK-Aktive,

bei unserem Bürodienst am Montag, den 25. 3. haben wir im Aufenthaltsraum des FSK zwei Plakate entdeckt, die wir ab- und später mitgenommen haben. Am Karfreitag, den 29. 3. haben wir dann noch einmal die gleichen Plakate entfernt.

Aus unserer Sicht sind die Texte dieser Poster geschichtungsverfälschend und beleidigend; sie zeigen einen Umgang mit der Shoah, der für uns absolut inakzeptabel ist. Außerdem bezeichnen sie GenossInnen als »Kollaborateure des Faschismus«, was wir ebenfalls nicht hinnehmen.

Zwar haben die Plakate keinerlei Unterschrift, in einem Gespräch am 25. 3. sagte uns aber [ . . . (Name gelöscht); HSB] von der Hamburger Studienbibliothek, er habe die Plakate aufgehängt.

Auf Plakat 1 findet sich folgender Text:

»damals: Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen.

heute: Palästina muss leben

damals wie heute: Selbstmordattentäter

damals wie heute: Judenhass

damals wie heute: Völkische Parolen

Solidarität mit Israel! Gegen den palästinensischen Faschismus und seine linken Kollaborateure!«

Auf Plakat 2 stehen etwa 330 Namen, dazu der Text:

»Solidarität mit Israel

Diese Menschen oder ihre Eltern und Großeltern suchten einen Ort, an dem sie vor Antisemitismus sicher sind. Als israelische Zivilisten und Armeeeingeborene wurden sie zwischen dem 27. September [2000; HSB] und 10. März 2002 Opfer palästinensischen Terrors. Weil sie Juden waren.«

Plakat 1 behauptet eine Kontinuität zwischen der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und dem Aufstand in Palästina. Dabei verharmlost es den deutschen Faschismus, der keine Selbstmordattentate verübte, sondern die Jüdinnen und Juden in seinem Machtbereich systematisch entrechtete, erniedrigte, verfolgte, quälte und schließlich industriell zu Millionen ermordete. Es verharmlost ihn aber schon durch die pure Tatsache, einen Aufstand mit der NS-Ausrottungspolitik gleichzusetzen. Ein politischer Konflikt, in dem es um Land, Freiheit, Selbstbestimmung und militärische Sicherheit geht, soll entpolitisiert werden, indem die eine Partei dieses Konfliktes als Lager von Faschisten und Antisemiten dargestellt wird, deren Ziel die Vernichtung von Juden sei. Damit beleidigt das Plakat nicht nur Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser, die für ihre Rechte kämpfen – unter ihnen auch viele Genossinnen und Genossen, die Angriffe auf Zivilpersonen ablehnen. Es beleidigt auch die Opfer der Shoah. Die Shoah selbst instrumentalisiert es, um einen politischen Gegner zu dämonisieren und einen komplexen Konflikt auf eine einfache und hoch emotionale Gut-gegen-Böse-Formel zu bringen. Ganz nebenbei werden Menschen als »Kollaborateure des Faschismus« beleidigt, die solidarisch mit dem palästinensischen Befreiungskampf sind, wie es beispielsweise auch die israelische Friedensbewegung ist.

Plakat 2 soll offensichtlich in ähnlicher Weise wirken. Es macht zunächst auf die entsetzliche Tatsache aufmerksam, dass Israel heute ein Ort ist, in dem das Leben von Juden stark bedroht ist. Die-

sen Umstand koppelt es aber von der politischen Realität ab: der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, der Entwicklung seit Unterzeichnung des Friedensabkommens und insbesondere der Eskalation der Auseinandersetzung, seit Ariel Sharon das Amt des israelischen Premierministers übernommen hat. Stattdessen behauptet es, genannte Tatsache habe nur einen Grund: Antisemitismus. Dabei unterscheidet es ausdrücklich nicht zwischen zivilen Opfern, die bei Terroranschlägen ermordet wurden, und Besatzungssoldaten, die bei militärischen Attacken ums Leben kamen. Die auf dem Plakat aufgeführten etwa 330 Menschen kamen in einem politischen Konflikt ums Leben, in dem auch etwa 1200 PalästinenserInnen von Israelis getötet wurden. Dabei ging es in allererster Linie um die Frage: Wer bestimmt darüber, wie die PalästinenserInnen leben, welche Rechte sie haben, welche Straßen sie benutzen dürfen, was ihr Land ist, wo sie sich niederlassen dürfen?

Unbestritten ist, dass vor allem bei Terroranschlägen, die von religiösen Fanatikern verübt wurden, zu diesem Motiv das des Antisemitismus hinzutritt. Das rechtfertigt aber nicht die Reduktion des Konflikts auf dieses Motiv. Eher wirft es die Frage auf, welche realen gesellschaftlichen Bedingungen den Aufstieg antisemitischer Gruppen befördern, und wie diese Bedingungen zu ändern sind.

Der gesamte politische Hintergrund wird ausgeblendet bei der Behauptung, die etwa 330 auf dem Plakat genannten Menschen wären getötet worden, »weil sie Juden waren«. Da es zusammen mit dem ersten Plakat aufgehängt worden ist, müssen wir davon ausgehen, dass es die gleiche Intention verfolgt. Es suggeriert eine falsche Parallele zur NS-Vernichtungspolitik. Es stellt den palästinensischen Aufstand als antisemitischen Terror dar und rückt damit auch die, die den Aufstand unterstützen, in die Ecke von AntisemitInnen und Nazis.

Sicherheit für Israels BürgerInnen wird es nicht geben, solange es keinen Frieden mit den palästinensischen NachbarInnen gibt. Den wiederum gibt es nur, wenn diese volle Menschen- und Bürgerrechte genießen. Ein linkes Projekt wie FSK sollte dieser Binsenweisheit Rechnung tragen, indem es ScharfmacherInnen und KriegstreiberInnen keinen Raum gibt.

Aus all diesen Gründen haben wir die Plakate abgenommen. Nicht, weil sie eine andere Sicht des Nahostkonflikts zeigen, als wir sie haben, sondern weil mit ihnen die Grenze weit überschritten ist, die einen innerlinken Minimalkonsens markiert. Wir stellen uns die Frage, was eigentlich damit erreicht werden soll, Plakate in den Räumen des FSK aufzuhängen, auf denen FSK-Aktive als »Kollaborateure des Faschismus« bezeichnet werden und die die Shoah für ihre Zwecke instrumentalisieren. Uns drängt sich der Eindruck auf, hier wird ein skandalöser Faschismus- und Holocaustvergleich benutzt, um politische Gegner zu provozieren.

Wir finden alle Holocaustvergleiche im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt unerträglich und fordern die FSK-Aktiven auf, sie aus der politischen Auseinandersetzung herauszuhalten. Zur Frage der Plakate bitten wir die Radiogruppen und die zuständigen Gremien des FSK, sich zu äußern.

Salon Rouge

*Der Salon Rouge ist organisiert bei Uni-Radio/Academic Hardcore.*